

Für Rätemacht und Revolution!

KLASSENKAMPF

Nummer 49 | Mai 2023 | 2,--

Zeitung der Gruppe Klassenkampf, öst. Sektion des Kollektivs permanente Revolution

SPÖ's next topmodel

MITGLIEDERBEFRAGUNG

MITMACHEN PER BRIEF ODER ONLINE



**Andere Köpfe oder ein anderes Programm?
Was bringt den Lohnabhängigen, den
Frauen, Jugendlichen, Arbeitslosen ...
wirklich was?**

Editorial:

Alle verschieden und doch alle gleich

Prinzipiell ist es ja gut, dass endlich einmal die Parteimitglieder der SPÖ mitreden dürfen, wenn es um den Parteivorsitz geht. Wirklich prickelnd ist die Auswahl aber nicht.

Mehr auf Seite 2

Griff nach der Macht:

„Volkskanzler“ Kickl – Spiel mit dem Feuer

Herbert Kickl ist keineswegs dumm – er weiß genau, welche Begriffe er wann anwendet. Wenn er jetzt den künftigen „Volkskanzler“ mimt, sollten wir das nicht auf die leichte Schulter nehmen.

Mehr auf Seite 9

Frankreich:

Statt „Aktionstagen“ hilft nur der Generalstreik

Mit Händen und Füßen wehren sich Gewerkschaftsführungen und die Parteien der parlamentarischen „Linken“ gegen den Generalstreik. Er wäre das einzige Mittel, Macrons Angriffe auf die Renten zu stoppen.

Mehr auf Seite 13

GRUPPE
Für Rätemacht
und Revolution
KLASSENKAMPF

ISSN: 2220-0657



9 772220 065718

Zur Führungsdebatte in der Sozialdemokratischen Partei

Fünf Punkte, drei Köpfe, eine Partei

Am 5. Jänner 2023 legte die SPÖ bei ihrer Neujahrsklausur der Öffentlichkeit ein 5-Punkte-Aktionsprogramm vor. Darin heißt es:

- **Preise senken. Teuerungsstopp bei Lebensmitteln und Mieten.**
- **Energiewende schaffen: Sozial verträglich und mit Chancen.**
- **Gesundheitssystem stärken. Versorgungssicherheit für alle Menschen im Land garantieren.**
- **Bildung ausbauen. Mehr Kinderbetreuung und Ganztagschulen für eine starke Bildung.**
- **Kooperationen schmieden, Allianzen schließen. Vernünftige Lösungen in der Migrationspolitik.**

Bemerkenswert bei der Klausur: ein Landesparteiobermann fehlte – Hans Peter Doskozil, der seit Jahren immer wieder die Autorität der Parteivorsitzenden Pamela Rendi-Wagner (PRW) herausgefordert hatte.

Mit den 5 Punkten versuchte sich die SPÖ klar sowohl von den Regierungsparteien ÖVP und Grüne als auch von der FPÖ abzugrenzen. Als bürgerliche Arbeiter*innenpartei hat es die Sozialdemokratie schwer. Sie muss den Spagat schaffen, politische Ziele im Rahmen des Kapitalismus zu formulieren, die das herrschende Gesellschaftssystem nicht infrage stellen. Zugleich aber muss sie der traditionellen sozialen Basis der Partei – mehrheitlich Lohnabhängige und zunehmend Pensionist*innen – das Gefühl vermitteln, sie sei „ihre Partei“ ist, die der sozial Schwächeren.

*(Zur bürgerlichen Arbeiter*innenpartei – siehe den Kasten in diesem Artikel!)*

Die SPÖ im Jammertal: Opposition ohne Visionen

Als 2017 Sebastian Kurz und seine Mannschaft unter dem Codenamen „Operation Ballhausplatz“, gestützt auf die mächtige niederösterreichische Landesorganisation, die Macht in der ÖVP an sich riss und als allererstes den zu weichen Großkoalitionär Reinhold Mitterlehner aus dem Weg räumte, bahnte sich das Ende der stagnativen SPÖ-Regierungsbeteiligungen an. Zügig bootete Kurz Kern aus und koalierte mit der Strache-FPÖ – Herbert Kickl als Innenminister war ein Garant, dass jetzt bald ein anderer Wind wehen würde.

Offensichtlich war die SPÖ-Spitze von der Schnelligkeit und taktisch gut vorberei-

teten Brutalität der neuen Regierung völlig überrollt. Hatte es 2000 Massenproteste gegen Schüssel-Haider mit Beteiligung der SPÖ gegeben, herrschte 2018 Lähmung. Kern zog sich – auf die Spitzenkandidatur für die SPÖ bei den EU-Wahlen hoffend – aus der Innenpolitik zurück und übergab die Partei seiner ehemaligen Gesundheitsministerin Pamela Rendi-Wagner, die im November 2018 beim 44. Parteitag mit rund 98% der Stimmen zur Parteivorsitzenden gewählt wurde. Das Ergebnis war nicht unbedingt ein Zeichen der Liebe – hinter vorgehaltener Hand wurde darüber gespöttelt, dass die Medizinerin ja erst ein paar Tage vor ihrer überraschenden Berufung ins Ministeramt der Partei beigetreten war. Eher war es Verzweiflung, die das gute Abschneiden am Parteitag auslöste – keiner der prominenten Exponenten der Partei wollte die undankbare Aufgabe übernehmen, die Partei oppositionstauglich zu machen.

Profiliert hatte sich die SP-Vorsitzende in ihrem Kernbereich Gesundheitspolitik mit der Initiative für Rauchverbote in der Gastronomie. Als Oppositionsführerin blieb sie blässlich. Das ist aber nicht PRW als persönliche Schwäche anzulasten. Eine Partei, die sich sozial nennt, aber über ein offen bürgerliches Programm verfügt, die sich seit Jahrzehnten auf den sozialpartnerschaftlichen Kurs einer mit der herrschenden Klasse und deren Verbänden akkordierten Politik der Zusammenarbeit festgelegt hat, kann nicht von einem Tag auf den anderen in den Kampfmodus der Opposition gebracht werden. Vor allem:

für diesen Modus bräuchte man den Willen zum Kampf! Und der fehlt an der Parteispitze definitiv.

Dementsprechend konnte die SPÖ nicht einmal die aufgelegten Elfmeter im innenpolitischen Match verwandeln. Die Empörung über den Angriff auf die Tagesarbeitszeit ließ der SP-dominierte OGB verpuffen; gegen die reaktionäre und repressive Politik des blauen Innenministers Herbert Kickl brachte die Partei keine Protestbewegung zustande – im Gegenteil, der burgenländische Ex-Kieberger Hans Peter Doskozil brummte leise Zustimmung. Auch den Ibiza-Skandal samt Folgen konnte die SPÖ-Spitze nicht nutzen.

Statt als Schutzwall gegen die FPÖ, die sich gerne als „soziale Heimatpartei“ darstellt, ein klares soziales Aktionsprogramm aufzustellen – für Arbeitszeitverkürzungen bei vollem Lohnausgleich, kompromisslose Verteidigung der sozialen Errungenschaften, Widerstand gegen die Zerschlagung der Sozialversicherungsstrukturen – sprang die SPÖ-Bürokratie auf den Zug der Ausländerfeindlichkeit auf und versuchte so der immer faschistoider agierenden FPÖ das Wasser abzugraben.

Gemeinsame Basis der gesamten SPÖ in der „Ausländerfrage“ ist das 2018 beschlossene „Kaiser-Doskozil-Papier“, das nichts anderes besagt als: auch die Sozialdemokrat*innen wollen alle Fluchtrouten stopfen, den Zugang für Asylwerbende möglichst verhindern, die Festung Europa polizeilich-militärisch absichern und die Abschiebepaxis der jetzigen Regierung effizienter und reibungsloser gestalten. „Integration vor Zuzug“ und „europäische Migrationsstrategie mit einem System von Arbeitsvisa für Länder, die in der Frage der Rückführung kooperieren“ sind Floskeln, mit denen bemäntelt werden soll, dass die Niederlassungsfreiheit für Menschen, die auf der Suche nach einer halbwegs würdigen und sicheren Existenz sind, ungültig ist. „Integration vor Zuzug“ war schon 1999 eine Parole unter SPÖ-Innenminister Löschnak! Als im Mai 2019 die türkis-blaue Koalition nach dem Ibiza-Skandal auseinander fiel, konnte die SPÖ nicht nur nicht davon profitieren, sie erzielte mit 21,2% der Stimmen

bei den Neuwahlen im September des gleichen Jahres ihr historisch schlechtestes Ergebnis. Die skandalgebeutelten Freiheitlichen kamen immer noch auf 16,2 % der Stimmen.

Vor Beginn der Corona-Krise 2020 hatte sich der Unmut in bestimmten Schichten der Lohnabhängigen massiv angestaut und im Sozialbereich in einer Reihe von Betriebsversammlungen, bis hin zu Streiks und Besetzungen, Luft gemacht. Für die türkis-grüne Regierung kam die Pandemie wie gerufen und sie nutzte die reale Gefährdung durch das Virus, um zu testen, wie weit sie mit Notverordnungen und administrativen Maßnahmen gehen konnte.

SPO und ÖGB standen wieder einmal wie paralysiert vor der Regierung, die jede Gelegenheit nutzte, um ihre reaktionäre Agenda durchzuziehen. Die Illusionen kleinbürgerlicher Schichten, dass die Grünen die Kurzpartei „bändigen“ würden, hatten sich von Haus aus zerschlagen. Der ÖGB übte sich angesichts der „Herausforderungen für die Wirtschaft“ wieder einmal in nobler Zurückhaltung bei Kollektivvertragsverhandlungen und sonstigen sozialen Debatten – die in der Sozialwirtschaft vehement geforderte massive Arbeitszeitverkürzung war damit wieder einmal vom Tisch (die Beschäftigten wurden mit der 37,5 Stunden-Woche abgespeist!). Statt auf die steigenden Arbeitslosenzahlen mit einer generellen Forderung nach einer Arbeitszeitverkürzung – unabhängig vom Pandemieverlauf! - zu kontern, stiegen die Sozialdemokrat*innen auf die Diskussion um diverse „Vergütungen“, „Zuschüsse“ und „Belohnungen“ ein, die letzten Endes wieder dem Kapital zugutekamen.

Prinzipienloses Gezerre in der SPÖ

Angesichts der Pandemie und ihrer Folgen blieb die SPÖ weiterhin handlungsunfähig und präsentierte sich in der

Öffentlichkeit gespalten. Während die Wiener SPÖ einen sehr rigiden Kurs befürwortete – Maskenpflicht in den öffentlichen Verkehrsmitteln, Impfpflicht, Aktion „Alles gurgelt“ zur Sicherstellung umfassender PCR-Testungen ... – sprach sich die burgenländische SPÖ Anfang 2021 für die Öffnung der Gastronomie- und Beherbergungsbetriebe und der Thermen aus. Die Kärntner SPÖ wiederum schlug bis Ende 2022 eine Beibehaltung von Quarantäne- und Absonderungsmaßnahmen vor.

Demgegenüber tat sich die FPÖ leicht – skrupellos griff sie mit populistischen Parolen alle Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie an, verteidigte esoterische und unwissenschaftliche Positionen („auch nur eine Grippe...“, „tausende Opfer von Impfschäden“ etc.) und konnte so die von Faschist*innen und Esoteriker*innen befeuerten „Anti-Corona“-Demonstrationen für sich instrumentalisieren. Dass bei diesen Mobilisierungen immer öfter ausländerefeindliche Parolen auf die Spitzentransparente der Organisator*innen rutschten, genierte Herbert Kickl und seine Parteikamerad*innen nicht.

Die burgenländische Landespartei hatte sich schon zu Kerns Zeiten immer wieder gegen die Bundespartei gestellt. Besonderes Merkmal neben scharfen persönlichen Angriffen („Eitelkeiten“ Kerns hätten der Partei geschadet) war die Offenheit gegenüber den bürgerlichen Parteien, also nicht nur gegenüber der FPÖ. Im September 2018 erklärte Doskozil in einem Interview mit der „Kleinen Zeitung“ zur „Flüchtlingspolitik“ Sebastian Kurz: „Auch er hat einen pragmatischen Zugang in dieser Frage. Unsere Positionen decken sich nicht zu hundert Prozent“ – aber er sehe Kurz nicht als Feind.. Im Dezember des gleichen Jahres forderte er „konstruktive Oppositionsarbeit statt Frontal-Opposition“, drei Monate später, im Februar 2019, unterstützte er Kickls

Vorstoß für die „Sicherungshaft“ (PRW fand das „wenig hilfreich“, Doskozil replizierte, man dürfe da „nicht so empfindlich“ sein). Der innerparteiliche Hickhack setzte sich über die Jahre fort, PRW sprach gar von „Heckenschützenangriffen“. Am 14. März 2023 gab Doskozil schließlich bekannt, dass er sich um den Parteivorsitz bewerben würde. Im Parteivorstand beschloss man daraufhin eine „Mitgliederbefragung“ zwischen dem 24. April und dem 10. Mai. Statutengemäß wird aber erst ein (Sonder)Parteitag am 3. Juni in Linz die Entscheidung bringen.

Am 21. März präsentierte sich überraschend ein weiterer Kandidat für den Parteivorsitz – Nikolaus Kowall, Vorsitzender der SPÖ Alsergrund, ein bekannter Sprecher der Wiener Parteilinken. Zwei Tage später zog er seine Bewerbung zurück, denn der Traiskirchner Bürgermeister Andreas Babler war in den Ring gestiegen.

Mit Andreas Babler kandidiert ein spätestens seit den niederösterreichischen Landtagswahlen bundesweit bekannter SPÖ-Kommunalpolitiker. Mit 46,6% der Wählerstimmen fuhr er ein Wahlergebnis ein, von dem die niederösterreichische, geschweige denn die Bundes-SPÖ, nur träumen kann. Und das in einer Stadt, die aufgrund der dort angesiedelten Bundesbetreuungsstelle für Asylwerber*innen von bürgerlichen und faschistischen Parteien und Gruppen immer wieder als „Hotspot“ des „Asylantenproblems“ verkauft wird. Die Identitären haben dort wiederholt provokante Auftritte inszeniert, sekundiert von der Boulevardpresse, die regelmäßig Schaulustgeschichten von undankbaren Asylwerber*innen verbreitet, welche die Gegend um den Bahnhof unsicher machten.

Babler ist seit 1989 in der SPÖ beziehungsweise ihren Vorfeldorganisationen (Sozialis-

Das Programm der Gruppe KLASSENKAMPF

Ende 2019 fand die zweite ordentliche Konferenz der Gruppe KLASSENKAMPF (Sektion des CoReP) statt. Auf dieser Konferenz wurde das nun in gedruckter Form vorliegende Programm beschlossen.

Drei Monate nach dieser Konferenz brach die Corona-Pandemie mit voller Wucht über die arbeitende Bevölkerung, die lernende Jugend und die Arbeitslosen herein. Wir konnten diese Krise nicht vorhersagen. Sie hat nichts an der Gültigkeit unseres Programms geändert.

Der Sozialismus, für den wir kämpfen | 96 Seiten | Preis: 10,-



tische Jugend) aktiv. Er war Vorsitzender der niederösterreichischen SJ und gehörte dem „Stamokap“-Flügel an, der analytisch etliche Positionen mit der KPO teilte, wie sie etwa heute von deren steirischer Landesorganisation vertreten werden. 2014 wurde er mit einem sensationellen Ergebnis von über 73% der abgegebenen Stimmen zum Bürgermeister Traiskirchens gewählt.

In der Folge zeigte er, dass man (ähnlich wie die Grazer KPO) mit einer reformistischen Politik der angeblichen „sozialen Heimatpartei“ das Wasser abgraben kann: So beschloss der Traiskirchner Gemeinderat einen Mietstopp für Gemeindewohnungen, in der Kinderbetreuung wurden unter anderem mit dem Kinderabenteurlabor neue, innovative Wege beschritten. Zugleich bekennt sich Babler offensiv zum Menschenrecht auf Asyl.

Der Sammlungskandidat der Linken war 2016 nach Angriffen der FPÖ ins Gerede gekommen, weil er neben seinem Bürgermeisterbezug auch noch ein Gehalt der Stadt als Mitarbeiter der „Stabsstelle“ der Gemeinde bezog – in Summe ein Bruttobezug von 11.300 EUR im Monat. Das ist natürlich deutlich über dem durchschnittlichen Facharbeiter*innenlohn in Österreich (median: 2.486,-), den Revolutionär*innen politischen Funktionsträgern zugestehen. Diese Angelegenheit wurde nicht nur von den bürgerlichen Parteien und den Medien, sondern auch parteiintern gegen Babler ausgespielt (zwei Jahre später übrigens wurde Rendi-Wagner im „profil“ vorgeworfen, gut eineinhalb Jahre die „Parteisteuer“ von insgesamt rund 13.000,- EUR trotz Mahnungen nicht bezahlt zu haben - sie beglich ihre Schulden danach umgehend).

Die Dreifaltigkeit der bürgerlichen Arbeiter*innenpartei

Was verbindet die drei Kandidat*innen nun und was trennt sie voneinander? Ein bisschen erinnert die derzeitige Diskussion an das christliche Konzil von Nicäa (325 n.d.Z.), als sich die Kirchenväter darauf einigten, die Einigkeit Gottes in drei Personen festzuschreiben. Auch Rendi-Wagner, Doskozil und Babler sind drei Inkarnationen des Einen – nämlich der bürgerlichen Arbeiter*innenpartei SPÖ.

Rendi-Wagner präsentiert für die Mitgliederbefragung kein Programm – sie sagt, als Parteivorsitzende vertrete sie ohnehin das Programm der Partei insgesamt, mehr habe sie nicht zu sagen.

Alle drei Bewerber*innen stehen hinter den „5 Punkten“ der Neujahrsklausur, wobei die Akzente unterschiedlich gesetzt werden. Als Faustregel lässt sich sagen: In ihrer jeweiligen „Einflussosphäre“ haben die Kandidaten verschiedene Forderungen umgesetzt, die sich im Programm der bürgerlichen Arbeiterpartei finden. So wie Babler in Traiskirchen hat Doskozil im Burgenland die Mietpreise in den von der öffentlichen Hand errichteten Wohnungen für zwei Jahre gedeckelt; zum Vergleich – die Stadt Wien unter PRW-Unterstützer Michael Ludwig hat das nicht getan.

Einig sind sich alle drei Kandidat*innen bei der Forderung, die Armut, speziell die Kinderarmut, zu bekämpfen. Auch hier haben Doskozil und Babler praktische Maßnahmen ergriffen – kostenlose Kindergartenplätze seit 2019 und Essensförderung in den Kindergärten für sozial schwächere Familien. In Traiskirchen (die niederösterreichischen Landeskinderärten sind seit Langem gratis) hat die Gemeinde unter Bürgermeister Babler sowohl Förderungen für das Essensgeld in Kindergärten und Schulen als auch die kostenlose Nachmittagsbetreuung beschlossen. Ebenso gibt es bei Freizeiteinrichtungen für Kinder entweder einen Preisstopp oder Gratisleistungen für einkommensschwache Eltern. Rendi-Wagner, die keine praktische Umsetzungsmöglichkeit hat, thematisiert aber sowohl Kinder- als auch Erwachsenenarmut bei Veranstaltungen, in Aussendungen und in Parlamentsreden.

Dass Armut ursächlich mit Arbeitslosigkeit und Löhnen zusammenhängt, ist eine recht banale Feststellung. Hier gibt es aber wesentliche Unterschiede. PRW hat zuletzt im NRW-Wahlkampf 2019 ihre Position klargestellt: wie die Mehrheit der Parteifunktionäre fordert sie einen Mindestlohn von 1.700 EUR. Hans Peter Doskozil geht mit seinen Forderungen weiter: 2.000,- EUR stehen bei ihm im Programm. Umgesetzt hat er das ansatzweise im Burgenland, aber nur für Landesbedienstete. Und, ganz wesentlich: Für Doskozil ist Arbeitszeitverkürzung, wenn überhaupt, nur ein sehr marginales Thema. Angesprochen auf die 4-Tages-Woche, ant-

wortet er: „Zuerst den Mindestlohn, danach können wir über alles reden“.

Demgegenüber propagiert Babler eine Arbeitszeitverkürzung auf 32 Stunden bei vollem Lohnausgleich. In Interviews erklärt er, dass ein Mindestlohn durchaus anzustreben ist, aber nur gemeinsam mit der Gewerkschaft und nicht auf „Gesetzesweg“. Prinzipiell ein richtiger Ansatz: gesetzliche Mindestlöhne bedeuten immer einen Eingriff in das Recht der Gewerkschaften, Kollektivverträge auszuhandeln. Das heißt auch, dass die Gewerkschaftsbasis beim Kampf um den Mindestlohn weniger Rolle spielen soll. Nun ist Babler aber keineswegs der Radikale, als den ihn die Medien und manche Wirtschaftskammer- und Industrievertreter*innen hinstellen. Er unterstreicht ständig, dass für ihn Sozialpartnerverhandlungen den Weg zum Ziel bahnen sollen. Zum Thema „Demokratie in den Gewerkschaften“ hat er sich wohl aus gutem Grund nicht geäußert.

Armut und Löhne – da spielt natürlich heute mehr denn je die Inflation eine Rolle. Doskozil und Babler setzen hier, jeweils mit unterschiedlicher Intensität, auf staatliche Eingriffe. Sowohl ein Mietzins- als auch ein Gaspreisdeckel sind Forderungen, die eine kurzfristige wirtschaftliche Atempause schaffen können – solange die grundlegende Frage nach den Eigentumsrechten am Wohnraum und an Energie- und Infrastrukturbereichen nicht berührt wird, sind wirkliche Lösungen aber unmöglich. Im 5-Punkte-Aktionsprogramm der SPÖ werden neue staatliche Beratungsgremien zur Preisfestsetzung gefordert. Weder Doskozil noch Babler gehen über diese Vorstellungen hinaus.

So, wie eine gleitende Arbeitszeitskala notwendig ist, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, ist eine gleitende Lohnskala nötig, mit der die Löhne automatisch an die Teuerung angepasst werden. Flankierend bedarf es dazu proletarischer Preiskontrollkomitees, in denen die Betroffenen selbst – Lohnabhängige, Arbeitslose, Jugendliche, Pensionist*innen ... die Teuerung anhand ihrer realen Lebensverhältnisse messen und auf dieser Grundlage die wirkliche Teuerung errechnet wird. Ebenso müssen die Geschäftsbücher der Konzerne in Produktion, Handel und Dienstleistungen offengelegt werden, um die Profite der Kapitalist*innenklasse feststellen und eine Umverteilung einleiten zu können. Konkret wird es darum gehen, in

Schlüsselbereichen der Wirtschaft Enteignungen unter Arbeiter*innenkontrolle zu fordern, um die Grundversorgung der Menschen mit Nahrungsmitteln, Medikamenten, Energie etc. sicherstellen zu können.

Der zentrale Differenzpunkt, der sowohl in den bürgerlichen Medien als auch in der SPÖ selbst am heftigsten diskutiert wird, ist das Verhältnis der Kandidat*innen zur FPÖ. Für uns geht es hier aber um mehr – es geht um die prinzipielle Haltung der bürgerlichen Arbeiter*innenpartei zu den traditionellen bürgerlichen Parteien, aber auch zu deren „neueren“ Ablegern wie NEOS oder Grüne.

Gekoppelt wird diese Frage in der Regel mit dem Thema Migration (seien es Geflüchtete oder Arbeitsmigrant*innen). Die FPÖ hat ja dieses „Marktsegment“ mit der Handelsmarke „Ausländerfeindlichkeit und dumpfer Nationalismus“ lange erfolgreich monopolisiert, bis die ÖVP unter Karl Nehammer und Gerald Karner, sekundiert von Laura Sachslehner, gezeigt hat, dass sie auf diesem Gebiet einiges dazugelernt hat und teilweise sogar auf der Überholspur unterwegs ist.

Auch in der Politik spielt Psychologie eine Rolle, daher ist man bei Hans Peter Doskozil geneigt, an die alte Volksweisheit „Ein Kiebere ist kein Hawara“ zu denken. Als gelernter Polizist ist ihm die gesetzestreue Umsetzung von staatlichen Regeln in die DNA implantiert worden. Wo die Medizinerin Rendi-Wagner humanitäre Regungen zeigt, ist „Dosko“ für Härte. Seine Visionen sind ja immerhin ins Kaiser-Doskozil-Papier eingeflossen, und da ist alles drinnen, was man zur Verteidigung der „Festung Europa“ braucht: Asylansuchen an der EU-Außengrenze, ein verstärkter und finanziell höher dotierter „Schutz“ dieser Grenzen, ein Festhalten an den bestehenden Kriterien für die Erlangung der Staatsbürgerschaft.

Andreas Babler kann hier in der Öffentlichkeit rhetorisch punkten. Aber: In seinem Programm, abrufbar auf seiner Homepage, findet sich kein Kapitel zu diesem Thema. In Interviews tritt Babler für schnellere und unkompliziertere Einbürgerungen ein – das ist ehrenwert, aber warum wird diese Forderung nicht auch im Programm für den Parteivorsitz erhoben? Soll hier die Konfrontation in einer gesellschaftlich umstrittene Frage vermieden werden?

Doskozil hat seit 2018 unterschiedliche Signale gesendet – für ihn waren abwechselnd Koalitionen mit der ÖVP denkbar („Man muss ja mit Kurz nicht unbedingt auf Urlaub fahren, sachlich können wir aber miteinander“), dann wieder mit der FPÖ (mit der er im Burgenland eine in der Öffentlichkeit selbst gelobte gemeinsame Regierung gebildet hat). Eine Koalition „mit der Kickl-FPÖ“ ist für ihn derzeit ein No-Go. Hmm... wie hätten wir's den gern? Mit einer Schnedlitz-FPÖ? Oder einer Landbauer-FPÖ? Man erinnere sich an das Kabinett Schlüssel-I, in dem aus gutem Grund Jörg Haider kein Amt inne hatte, aber natürlich im Hintergrund die Fäden gezogen hat. Ungefähr so klingt Doskozils Absage an die „Kickl-FPÖ“.

Klarer nimmt hier Babler Stellung: Er lehnt aufgrund der offensichtlichen politischen Gegenstandpunkte eine Koalition mit ÖVP und FPÖ ab. Stattdessen präferiert er eine „Ampelkoalition“ mit NEOS und Grünen oder, je nach Wahlergebnis, mit einer der beiden kleineren (klein)bürgerlichen Parteien. Damit bewegt er sich auf dem sicheren Terrain der bürgerlichen Arbeiter*innenpartei, die damit klar signalisiert: Wir haben nichts gegen eine vernünftige Klassenzusammenarbeit.

„Mit uns zieht die neue Zeit“?

Die SPÖ-Mitgliederbefragung hat einiges in Bewegung gebracht. Menschen, die sich bisher aus der organisierten Politik herausgehalten haben, sind in die Partei eingetreten, um über den Parteivorsitz mitentscheiden zu können. Vor allem bekannte „linke Intellektuelle“ sind (wieder) in die SPÖ eingetreten, wie Natascha Strobel oder Robert Menasse. Für sie ist die Babler-Kandidatur so etwas wie ein Weckruf längst vergessener Traditionen der Sozialdemokratie, ein Turbo Boost für Solidarität und Mitbestimmung in der Partei.

Wir können diesen Optimismus nicht teilen und orientieren uns auch nicht an dieser Schicht. Ebenso raten wir – wie das „Der Funke“ tut – dazu, in die SPÖ einzutreten, um das Babler-Lager zu stärken. Positiv an der jetzigen Entwicklung: durch Bablers Kandidatur werden in einem breiteren Umfang als in Jahrzehnten zuvor klassenpolitisch relevante Themen angesprochen. Auch das Vokabular wird deutlich kämpferischer, die SPÖ wird zumindest von Teilen

ihrer Mitgliedschaft wieder als Arbeiter*innenpartei wahrgenommen. Die ungewollte Demokratisierung in Form der Mitgliederbefragung öffnet Diskussionsmöglichkeiten, die über Jahrzehnte abgeblockt wurden.

Auf Bablers Homepage heißt es:

„**Systemfragen stellen** / Immer mehr Menschen wissen nicht, ob sie mit dem Geld, das bleibt, Essen kochen oder heizen sollen. Jetzt ist nicht mehr die Zeit zu beruhigen. Es ist an der Zeit, Systemfragen zu stellen. Wir brauchen neue Spielregeln für Wirtschaft und Gesellschaft. Das System muss für alle funktionieren“

Ja, stellen wir die Systemfrage – aber geben wir auch eine Antwort, die über Allgemeinplätze wie „wir brauchen neue Spielregeln...“ hinausgeht. Vor allem: **Seien wir doch ehrlich, dieses System kann nicht für alle funktionieren!** Dieses System muss beseitigt werden. Es muss durch ein demokratisch geplantes Wirtschaftssystem ersetzt werden, das von den Arbeiter*innen und Arbeitern und ihren direkt gewählten und jederzeit abwählbaren Räten gelenkt wird.

Die Sozialdemokratie behauptet jetzt seit über hundert Jahren mit abnehmender Intensität, den Kapitalismus gerechter, menschlicher, friedlicher, ökologischer zu machen. Nirgendwo hat diese Politik zu einer nachhaltigen Veränderung des kapitalistischen Profitsystems geführt. Im Gegenteil – die enttäuschten Hoffnungen der Massen haben weltweit den Aufstieg reaktionärer und faschistischer Bewegungen begünstigt.

Alle Genoss*innen, die jetzt versuchen, die Sozialdemokratie auf einen sozialistischen Kurs zu bringen, sollten immer wieder Bilanz über die Fortschritte ihrer Politik ziehen. Sie sollten vor allem überlegen, wie sie reagieren, wenn ihre Erwartungen nicht erfüllt werden. Die schlechteste Antwort wäre der Rückzug aus der Politik, die enttäuschte Rückkehr ins Private. Aufgrund unserer Erfahrungen und der Lehren aus der Geschichte haben wir einen anderen Weg gewählt als ihr – den Kurs auf den Aufbau einer revolutionären Arbeiter*innenpartei und einer revolutionären Arbeiter*inneninternationale. Der Verlauf der bevorstehenden Klassenkämpfe wird zeigen, welcher Weg der richtige ist.

Was verstehen revolutionäre Marxist*innen unter einer „bürgerlichen Arbeiter*innenpartei“?

Offen ist die österreichische Sozialdemokratie zu Beginn des 1. Weltkriegs in das Lager der heimischen imperialistischen Bourgeoisie übergegangen, indem sie sich hinter die Kriegsziele der österreichisch-ungarischen Monarchie stellte. Da der Reichsrat, also die parlamentarische Hülle der herrschenden Klasse, seit März 1914 vertagt und nicht mehr aktiviert worden war, blieb der österreichischen Sozialdemokratie die Schande der SPD erspart, die am 4. August 1914 für die Kriegskredite des preußischen Imperialismus gestimmt hatte. Die Politik beider Parteien war gleich – kein Klassenkampf während des Krieges, Burgfrieden mit der militaristischen Bourgeoisie.

Nach dem Zerfall des Vielvölkerstaates machte sich die Sozialdemokratie zur Retterin des Kapitalismus, der durch die 1917 in Russland begonnene revolutionäre Welle akut gefährdet war. Der Sozialismus wurde zwar immer wieder in Reden beschworen, tatsächlich strebte die Parteiführung nach der Schaffung eines menschlichen, weniger grausamen kapitalistischen Systems. Die Arbeiter*innen standen so politisch wehrlos einer immer aggressiveren herrschenden Klasse und ihren faschistischen Milizen gegenüber. Im März 1933 lösten die Christlichsozialen, die den Kern des Austrofaschismus bildeten, das Parlament auf, ohne dass es zur proletarischen Gegenwehr kam. Der Aufstand von Teilen der österreichischen Arbeiter*innen im Februar 1934 war nicht nur ein bewaffneter Kampf gegen den Faschismus – er war in der Substanz auch der bewaffnete Aufstand gegen die eigene Führung.

1945, nach 12 Jahren Faschismus, wiederholte die nunmehr „Sozialistische Partei“ benannte Sozialdemokratie die Politik von 1918. Gemeinsam mit den Erben des Austrofaschismus, der ÖVP, etablierte sie ein stabiles kapitalistisches Regime, das ideologisch, aber auch von den Institutionen her, durch die sogenannte „Sozialpartnerschaft“ geprägt war. Während SPÖ und die von ihr dominierten Gewerkschaften den Lohnabhängigen einredeten, dass Ausbeuter*innen und Ausgebeutete Partner*innen wären, stiegen die Profite der Unternehmer*innen und die Löhne der Werktätigen hinkten immer weiter hinterher.

Für die Bourgeoisie war es wichtig, dass sie mit der SPÖ eine verlässliche Stütze in der Arbeiter*innenklasse hatte – das ermöglichte einerseits die Verhinderung von Ausbrüchen der Unzufriedenheit in den Betrieben, andererseits notwendige Modernisierungsmaßnahmen, bei denen sich die kleinbürgerlichen und bäuerlichen Wählerschichten der Volkspartei als Klotz

am Bein erwiesen. So war es der SPÖ ab 1970 möglich, beginnend mit der ersten Minderheitsregierung Kreisky, den österreichischen Kapitalismus umzubauen, neue Absatzmärkte im Nahen Osten zu erschließen und gesellschaftspolitische Reformen durchzusetzen, die Österreich mit fortgeschritteneren europäischen imperialistischen Ländern auf das gleiche Niveau brachte.

Nicht vergessen werden sollte, dass zwischen 1983 und 1987 die Sozialdemokratie mit der Freiheitlichen Partei unter den Bundeskanzlern Sinowatz und Vranitzky eine Regierungskoalition auf Bundesebene eingegangen war. Auch wenn der damalige FP-Obmann Norbert Steger als „Liberaler“ firmierte, änderte das nichts an der organischen Herkunft der Partei aus dem Reservoir ehemaliger Nationalsozialist*innen. Wie fruchtbar der Schoß war zeigte sich, als Jörg Haider gegen Steger putschte und die FPÖ klar als reaktionär-nationalistische, faschistoide Partei positionierte.

Durch die Sozialpartnerschaft und die „Modernisierung“ der SPÖ lockerte sich die Verbindung zwischen Parteibürokratie und (Arbeiter*innen)Basis zusehends. Dadurch büßte die Partei aber auch ihren Wert für die heimischen Unternehmer*innen ein. Wozu einen „weichen“ Filialleiter die Geschäfte führen lassen, wenn man selber mit harter Hand leiten kann? Die SPÖ versuchte zwar, durch eine erste Welle von Sparpaketen der Industriellenvereinigung ihre Solidarität zu beweisen und gegenüber der FPÖ unter Innenminister Löschnak und dessen Adlatus Manfred Matzka, einem ehemaligen „Parteilinken“, mit einer ausländerfeindlichen Orientierung zu punkten – das half aber nicht. Im Februar 2000 kam es zur ersten blau-schwarzen Koalition, und die SPÖ musste erstmals (bis 2007) in Opposition.

Unter Alfred Gusenbauer folgte neuerlich eine Koalition mit der ÖVP, er und seine Nachfolger Werner Faymann und Christian Kern verwalteten eine konturlose Zusammenarbeit mit der traditionellen Partei der österreichischen Bourgeoisie und ermöglichten damit zusehends der demagogisch agierenden FPÖ-Führung, sich als „Partei des kleinen Mannes“ zu präsentieren. Die Integration der SPÖ in den Staatsapparat mit den damit verbundenen Privilegien, die Besetzung von Spitzenpositionen in der Partei durch Banker und Manager ließen bei rückständigen Schichten die „bonzenfeindliche“ Politik der FPÖ, gepaart mit einer immer aggressiveren Fremdenfeindlichkeit, auf fruchtbaren Boden fallen.

Die Gruppe Klassenkampf im Internet: www.klassenkampf.net

Kontakt: gruppeklassenkampf@tutanota.com

Instagram: [GruppeKlassenkampfCoRep](https://www.instagram.com/GruppeKlassenkampfCoRep)

Twitter: [CoRePAustria](https://twitter.com/CoRePAustria)

Jahrestag des bewaffneten Aufstands – bezahlt und arbeitsfrei

12. Februar – warum wir für den Feiertag kämpfen

Im Zuge der Propaganda für das „Bündnis 12. Februar“ und die Forderung, den 12. Februar als „Tag des Aufstands gegen den Austrofaschismus“ zum gesetzlichen Feiertag zu erheben, gab es immer wieder Diskussionen über Begriffe: „Feiertag? Der 12. Februar 1934 war doch eine Niederlage für die österreichische Arbeiter*innenbewegung!“. „Aufstand? Das war doch ein verzweifelter Widerstandskampf!“. Unterton: 12. Februar – was gibt's denn da zu feiern?

Ein bisschen Sprach- und Gesetzeskunde vorab

Ehe wir auf inhaltliche Fragen eingehen, ist es sinnvoll, ein paar semantische Dinge zu klären. Laut Wikipedia bedeutet Feiertag:

Unter einem Feiertag (fira aus feria, Festtag; ‚der religiösen Feier gewidmeter, arbeitsfreier Tag‘; dazu feiern, ursprünglich ‚die Arbeit ruhen lassen‘; ahd. firōn von feriāri; vgl.) oder Festtag (dies festus, ‚ein der [öffentlichen] religiösen Feier gewidmeter Tag‘; vgl.) wird im deutschen Sprachraum allgemein ein arbeitsfreier Tag mit besonderer Feiertagsruhe verstanden. Alle Kulturen und Völker feiern regelmäßig bestimmte Ereignisse von gesellschaftlichem oder religiösem Rang. Diese sind oft durch die Rechtsordnungen der einzelnen Staaten besonders geschützt. Man spricht dann von gesetzlichen Feiertagen.

Im süddeutschen und österreichischen Raum wenig verbreitet (außer durch den Konsum von Filmen) ist die im Norden Deutschlands übliche Redewendung „krank feiern“, was kein Synonym für ein glückliches gesundheitliches Leiden, sondern ein anderer Ausdruck für „aus gesundheitlichen Gründen nicht arbeiten gehen“ ist.

Der „Deutsche Wortschatz“ gibt als eine der Bedeutungen von „feiern“ an:

die Arbeit ruhen lassen

Beispiele:

die Arbeiter mussten (einige Tage, unfreiwillig) feiern

feiernde Dockarbeiter stehen am Hafen herum

Wenn solche Köpfe feiern, / Wie viel Verlust für meinen Staat [Schiller Carlos III 10]

Die Bureaus und Werkstätten feierten [Th. Mann Königl. Hoheit 7,364]

Bezüglich der gesetzlichen Feiertage in Österreich weiß die Wikipedia:

Die Feiertage in oder arbeitsfreien Tage werden entweder nach oder verbindlich eingeführt oder durch zwischen den vereinbart. (...) Die gesetzlichen nach Bundesrecht sind im und im geregelt. Auf Basis von §7 des Arbeitsruhegesetzes gibt es 13 gesetzliche Feiertage für alle. § 7a des Arbeitsruhegesetzes garantiert Arbeitnehmenden zudem einen weiteren Tag pro Jahr, den sie einseitig als Urlaubstag konsumieren können, umgangssprachlich spricht man hier vom "...". (...) Von den 13 gesetzlichen Feiertage basieren acht aufgrund des mit dem , das am 5. Juni 1933 im Vatikan unterfertigt wurde und unter Bundeskanzler mit 1. Mai 1934 in Kraft getreten ist. Durch das Konkordat sind neben Sonntage folgende acht Feiertage geschützt: Neujahrstag (1. Jänner), (6. Jänner), der Himmelfahrtstag, Fronleichnam, Mariä Himmelfahrt (15. August), Allerheiligen (1. November), der Tag der unbefleckten Empfängnis (8. Dezember) und der Weihnachtstag (25. Dezember).“

Vor dem Hintergrund dieser Klarstellungen könnten wir also die Forderung des „Bündnis 12. Februar“ in die etwas sperrigere Formulierung umwandeln:

Wir fordern, dass in jedem Jahr der 12. Februar bundesweit ein bezahlter arbeitsfreier Tag ist, an dem des Aufstands von Teilen der österreichischen Arbeiter*innenklasse gegen den Faschismus gedacht wird.

Einfacher und schneller ist es wohl, die Einführung eines Feiertags am 12. Februar zu fordern.

12. Februar — was gibt es da zu feiern?

Wir haben in verschiedenen Gesprächen und Diskussionen feststellen müssen, dass es verschiedene Blickwinkel auf den 12. Februar gibt.

Generell ist der 12. Februar weitgehend aus dem kollektiven Gedächtnis der arbeitenden Bevölkerung dieses Landes verschwunden. Nur eine kleine Minderheit der Lohnabhängigen und der Jugend können mit diesem Datum etwas anfangen. Das ist für uns – unabhängig von unserer Mitarbeit im „Bündnis 12. Februar“ – ein wesentlicher Grund, warum wir uns alljährlich mit diesem bedeutenden Ereignis beschäftigen. Für uns ist es wichtig, dass die Arbeiter*innenklasse ihr eigenes Geschichtsbewusstsein entwickelt. Die Kenntnis über die Kämpfe der vorhergehenden Generationen ist keine Symbolpolitik und keine Traditionspflege – sie ist ein wesentlicher Beitrag dazu, die Mechanismen und die Funktionen der bürgerlichen Gesellschaft zu illustrieren, verständlich zu machen und Lehren für Gegenwart und Zukunft daraus zu ziehen. Das Bündnis hat das sehr schön mit dem Slogan „Gedenken heißt kämpfen!“ auf den Punkt gebracht.

Aus historischen Gründen ist die bei den bewussteren Teilen der Klasse verbreitetste Lesart der Bedeutung des 12. Februar 1934 die sozialdemokratische: Am 12. Februar gab es einen verzweifelt letzten Versuch von überwiegend sozialdemokratischen Arbeiter*innen, dem Faschismus entgegenzu-

treten und für die Demokratie zu kämpfen. Das endete mit einer blutigen Niederlage, der alljährlich mit Kranzniederlegungen und Kundgebungen gedacht wird.

Ein zweiter Strang der Erinnerungskultur sind die Feiern der KPÖ und ihrer Teilorganisationen, die primär die reformistische Politik der Sozialdemokratie in der 1. Republik und die Rolle von Kommunist*innen in den Februarkämpfen thematisieren. Mit mehr oder minder großen Schwankungen wird die historische Aufarbeitung dadurch erschwert, dass es natürlich auch eine Nachgeschichte des 12. Februar 1934 gibt:

Von den in die Tschechoslowakei geflüchteten Schutzbündlern fanden 750 Zuflucht in der Sowjetunion⁸, 160 von ihnen fuhren 1936/37 nach Spanien, um als Angehörige der Internationalen Brigaden (meist im „12.-Februar-Bataillon“) im dreijährigen Bürgerkrieg die republikanische Regierung gegen die Franco-Putschisten zu verteidigen, über 200 kehrten noch vor 1938 nach Österreich zurück. Von den rund 400 in der UdSSR verbliebenen Schutzbündlern fielen vermutlich rund 150 dem stalinistischen Terror zum Opfer, weitere 20 bis 30 kehrten erst nach jahrelanger Lagerhaft zurück. 46 Schutzbündler wurden zwischen 1939 und 1941 den Behörden Nazi-Deutschlands übergeben, einige davon kamen in Konzentrationslagern ums Leben. Das Schicksal dieser Menschen, von denen der größte Teil Mitglieder der Kommunistischen Partei war, blieb auch nach den Enthüllungen Chruschows über Stalin auf dem XX. Parteitag der KPdSU 1956 innerhalb der KPÖ ein Tabu, das erst in den späten 1980er Jahren gebrochen wurde – zunächst, noch zögerlich, in der 1987 erschienenen Parteigeschichte und nach der teilweisen Öffnung der sowjetischen Archive in Form eines Forschungsauftrags des Parteivorstands an Barry McLoughlin, der 1991, gemeinsam mit Walter Szevena, die erste Liste mit Biografien rehabilitierter „Stalin-Opfer“ publizierte, die zu einem Großteil aus ehemaligen Februarkämpfern bestand. (Winfried R. Garscha: Die KPÖ und der 12. Februar 1934)

Die dritte Position ist die der Revolutionär*innen: Der 12. Februar 1934 war für die internationale Arbeiter*innenbewegung von historischer Bedeutung, weil sich zum ersten Mal relevante Teile des Proletariats eines Landes bewaffnet gegen den Faschismus erhoben. Sie kämpften nicht nur gegen faschistische Banden (Freikorps, SA, Squadristi, wie auch immer), sondern gegen

bewaffnete Formationen des bürgerlichen Staates (Bundesheer, Polizei, Gendarmerie), der bereits seit März 1933 in den Händen der Faschisten war.

Diese unterschiedlichen Blickwinkel bedingen zwangsläufig einen anderen Umgang mit dem „Februargedenken“.

Gedenken, trauern, feiern — über den Umgang mit den Lehren der Geschichte

Für uns gilt:

Wir sind bedingungslos bereit, mit allen Kräften, die sich zur Arbeiter*innenklasse und ihren Traditionen bekennen, für den bezahlten arbeitsfreien 12. Februar zu kämpfen.

Als Gruppe KLASSENKAMPF anerkennen wir das selbstverständliche Recht aller Parteien und Organisationen der Arbeiter*innenbewegung, bei ihren Veranstaltungen und Kundgebungen zum 12. Februar ihre spezifischen Schwerpunkte und Positionen zu setzen. Wer das Gedenken an die Ermordeten in den Vordergrund stellen will, soll das ebenso tun, wie andere die Rolle ihrer Genoss*innen herausstreichen; all das passt in die Bandbreite eines gesetzlichen Feiertages – ebenso wie die Erinnerung an den heldenhaften Aufstand einer Minderheit des Proletariats gegen den Austrofaschismus.

Wir glauben, dass es kontraproduktiv ist, den Begriff „Feiertag“ mit einer konkreten Vorgabe für Veranstaltungen zu verknüpfen. Sehr wohl treten wir aber dafür ein, dass das „Bündnis 12. Februar“ jedes Jahr an diesem Tag eine möglichst breite Demonstration von Arbeiter*innen- und Jugendorganisationen organisiert, um als Einheitsfrontinitiative die Parole „Gedenken heißt kämpfen“ zu vertreten. Ebenso sind wir dafür, dass das Bündnis am 12. Februar oder allgemein zu diesem Thema Veranstaltungen, Symposien etc. organisiert, die unterschiedlichen Strömungen der Arbeiter*innenklasse und Wissenschaftler*innen eine Plattform zur Diskussion über Aspekte des Kampfes gegen den Faschismus, des Austrofaschismus und aktuell damit zusammenhängende Themen bietet.

Warum nicht 12. November oder 8. Mai?

Genoss*innen aus dem Umfeld von SPÖ oder KPÖ, aber auch Gewerkschafter*innen, haben immer wieder skeptisch darauf reagiert, den „traurigen“ 12. Februar zum Feiertag erheben zu wollen. In ihrem Verständnis ist dieser Tag mit der Niederlage und nicht mit dem heldenhaften Aufstand 1934 verknüpft. Statt dessen wurden wiederholt der 12. November bzw. der 8. Mai als potenzielle Alternative vorgeschlagen.

Hier sei uns eine historische Analogie gestattet: Wir gedenken jedes Jahr am 18. März der Proklamierung der Pariser Commune 1871 – der bewaffneten Erhebung der Arbeiter*innen von Paris, die, mit allen Fehlern und Schwächen, die erste Arbeiter*innenregierung der Geschichte errichteten, die erste „Diktatur des Proletariats“. Am 28. Mai gedenken wir der Opfer der triumphierenden Konterrevolution, die mit einer bis dahin unbekanntesten Bestialität einen Arbeiteraufstand im Blut ertränkte.

So wie wir im Gegensatz zur bürgerlichen Geschichtsschreibung nicht einzelne „große Frauen und Männer“ als die Motoren der Geschichte sehen, begnügen wir uns bei historischen Rückblicken nicht mit „Momentaufnahmen“. Auch wenn Niederlagen gegen den Faschismus verheerend waren und die Arbeiter*innenklasse weit zurückgeworfen haben – die Klasse hat weitergelebt, sie hat sich wieder organisiert und weiter gekämpft. So, wie wir natürlich um jedes Opfer unserer Klasse trauern, sind wir stolz auf unsere Vorgänger*innen, die sich bewaffnet und unbewaffnet der faschistischen Flut entgegenstemmten. Ihnen gilt es zu folgen, und es gilt, die Voraussetzungen für den Sieg gegen den Reaktion zu schaffen.

Wir treten für den 12. Februar als gesetzlichen Feiertag ein, weil wir sagen: Die Hauptklasse der bürgerlichen Gesellschaft, die produzierende Klasse, hat ein Recht auf einen Feiertag, der ein herausragendes Ereignis in ihrer Geschichte in der Erinnerung wach hält. **Der 12. Februar ist für uns ein proletarischer Klassenfeiertag.** Der „Republikfeiertag“ der Ersten Republik (12. November) wurde im Nationalrat als „Feiertag zum immerwährenden Gedenken an die Ausrufung des Freistaates Deutschösterreich“ beschlossen. Die Sozialdemokratische Partei bezeichnete den 12. November als

„Republikfeiertag“. Nach der Niederschlagung der Arbeiter*innenbewegung 1934 wurde der 12. November als Staatsfeiertag von den Austrofaschisten abgeschafft.

Eine Wiederbelebung des 12. November als Feiertag ist für uns kein Thema. Der Wechsel von einer Herrschaftsform der Bourgeoisie (Monarchie) zu einer anderen, auch wenn diese theoretisch günstigere Kampfmöglichkeiten für das Proletariat schafft, ist nichts, was wir an sich als „feiernswert“ betrachten. Gerade in einem durch jahrzehntelange Sozialpartnerschaft geprägtem politischen Klima würde an einem derartig reanimierten „Republikfeiertag“ mit Sicherheit das Hohelied der „republikanischen“ Klassenzusammenarbeit angestimmt. Wir halten es da lieber mit den revolutionären Kräften der Ersten Repu-

blik, die mit dem Sprechchor „Republik, das ist nicht viel – Sozialismus ist das Ziel!“ auf die Straße gingen.

Der 8. Mai als Tag der Erinnerung an die Kapitulation der Deutschen Wehrmacht bzw. „Reichsregierung“ mag zwar ein Anlass sein, die formale militärische Niederlage des Nationalsozialismus zu „feiern“ – vergessen wird oft, dass der asiatische Verbündete Hitlerdeutschlands, das kaiserliche Japan erst im September 1945 kapitulierte; das nach dem „Tag der Freude“ in Hiroshima und Nagasaki Hunderttausende Zivilist*innen Opfer US-amerikanischer Atombomben wurden, in den Kolonien der „demokratischen Länder“ die Unabhängigkeitsbestrebungen der unterdrückten Völker grausam bekämpft wurden. Im Namen eines klassenunspezifischen „Antifaschis-

mus“ wird die formal-staatliche Beendigung eines imperialistischen Krieges, der teilweise auch ein Krieg gegen den ersten (degenerierten) Arbeiter*innenstaat der Geschichte war, in der offiziellen Geschichtsschreibung als „Sieg der Demokratie“ über den Faschismus dargestellt. Das kann für die Arbeiter*innen, die Hauptleidtragenden in den Kriegen der Imperialist*innen, kein Grund zum Jubeln sein.

Wir hoffen, dass sich im kommenden Jahr die Basis für die Demonstration am 12. Februar weiter verbreitern wird. Wir werden jedenfalls energisch weiter dafür arbeiten.

Gruppe Klassenkampf

(öst. Sektion des CoReP)

Kickl - kleiner Mann will groß hinaus

Volkskanzler in der Festung Österreich?

Herbert Kickl, seit der Abschiebung des als zu sanft geltenden Norbert Hofer Parteichef der FPÖ, hat sich in den letzten Wochen vermehrt mit der Selbstzuschreibung als zukünftiger „Volkskanzler“ des Landes in den Medien präsentiert, etwa am 12. April in oe24: „Ich will Volkskanzler werden!“

Volkskanzler und Fe(a)schismus

Diese Wortwahl dürfte nicht zufällig sein, wenn man in Rechnung stellt, dass Herbert Kickl eine ideologisch gefestigte Person des rechten Lagers ist und daher um historische Konnotationen von Begriffen Bescheid wissen dürfte.

Als „Volkskanzler“ wurde bereits am 27.02.1933 im Völkischen Beobachter (NS-Propagandazeitung) der am 30. Januar 1933 zum Reichskanzler ernannte Adolf Hitler bezeichnet. Und nach weiteren knapp zwei Monaten an der Macht sprang die nicht-nationalsozialistische, politisch gleichgeschaltete Presse bereits auf, wie etwa die „Münchner Neuesten Nachrichten“, und meinte anlässlich des Geburtstages von Hitler am 21.04.1933, dass dieser den Ehrennamen „Volkskanzler“ verdiene. So schnell geht es!

Man könnte Kickls mit der Verfassung natürlich völlig unvereinbaren Volkskanzler-Sager selbstverständlich als Provokation im Sinne des verblichenen Jörg Haider abtun – mediale Aufmerksamkeit als Strategie. Doch Herbert Kickl ist aus anderem Holz geschnitzt. Zwar kennt er aus Erfahrung (Mastermind hinter Haider und Strache) das Spiel auf der Empörungsklavatur und betreibt dies auch, aber er ist kein Showman. Kickl ist - leider - ernsthafter.

Wir haben es in Österreich in den letzten Jahrzehnten mit dem Phänomen des Fe-schismus (cr: Armin Thurnherr) zu tun gehabt. Ursprünglich geprägt für Jörg Haider, folgten die unter diesem Begriff subsumierbaren Karlheinz Grassler und Sebastian Kurz, in gewisser Weise auch HC Strache. All diese Populisten zeigten rechte bis rechtsextreme Attitüde in der Öffentlichkeit – die in diesem Land leider auf durch-

aus fruchtbaren Boden fällt – waren aber in ihrer eigenen Persönlichkeit von Schwächen gezeichnet – Bedürfnis nach Glamour, Alkohol, Drogen, sexuelle Abenteuer, Macht: all das machte sie angreifbar, aber auch in gewisser Weise defensiv in ihrem letztgültigen Auftreten. Herbert Kickl hingegen ist Asket, ob vegetarisch ist egal und ohnehin muss nicht jede Parallele gezogen werden. Dieser asketische Habitus ist keine gute Nachricht, denn wo die vorgenannten Personen ihre populistisch/rechten Ansichten – auch – zur Machteroberung für das eigene hedonistische Ego eingesetzt haben, macht Herbert Kickl das aus purer Überzeugung. Und er hat dabei ideologisch Verbündete.

Er sei der ideale Rechtspolitiker, der beste lebende patriotische Politiker, habe einen langfristigen strategischen Plan für eine patriotische Wende und er erkenne die Wehrlosigkeit des liberalen säkularen Rechtsstaates und seine Wehrlosigkeit gegen die ethnoreligiöse Unterwanderung. Durch seinen Lebensstil von Disziplin, Askese und Fleiß wäre er unbestechlich und nicht erpressbar und er hätte die notwendige Härte

in diesen harten Zeiten die richtigen Entscheidungen zu treffen.

Diese Beschreibungen des Herbert Kickl stammen von Martin Sellner, der Führerfigur der *Identitären Bewegung Österreich (IBÖ) bzw deren Nachfolgeorganisation Die Österreicher*.

Sellner hatte 2019 bei der Nationalratswahl um Vorzugsstimmen für Herbert Kickl geworben und danach gemeint die 75.000 Vorzugsstimmen wären der Maßstab für den harten Kern von Österreichs Patrioten.

Dass die Identitäre Bewegung rechtsextrem ist, wird von niemanden bestritten und trotzdem war das äußerste wozu sich die Strache-FPO als Abgrenzung bewegen wollte, eine gleichzeitige Mitgliedschaft bei der FPO und der IBÖ auszuschließen. Das Motto: getrennt marschieren, gemeinsam zuschlagen.

Herbert Kickl lässt die Unterstützung von dieser Seite nicht nur zu, sondern er sendet auch Signale, wenn er die IBÖ/Die Österreicher als eine NGO von rechts bezeichnet und damit den Diskurs einfach durch Begrifflichkeiten verschiebt.

Ganz konkret hingegen wird es bei der FPO dann, wenn es in den letzten Jahren darum ging bei den sogenannten Freiheits-

tische Klientel), doch der Widerstand wäre jetzt in Österreich erwacht. Diese Probe die Straße zu mobilisieren gefällt in der außerparlamentarischen extremen Rechten.

Dazu noch einmal Martin Sellner: „Die FPO wendet sich vom Parlamentspatriotismus ab und unterstützt stattdessen die Bewegung aus dem Parlament!“

Und auch im Organ der neonazistischen NPD, der *Deutschen Stimme*, gibt es über die letzten Jahre laufend Lob für Herbert Kickl, wenn er dort etwa als der „fähigste Innenminister, den die Republik je hatte“ bezeichnet wird.

Wenn man also beim Begriff Feschismus den ersten Vokal gegen ein a tauscht ist man dort, wo man Herbert Kickl verorten muss und ganz nahe an des Pudels Kern.

(Alpen)festung Österreich

Am 17. März dieses Jahres fordert Herbert Kickl laut APA eine *Festung Österreich* und einen sofortigen Asylstopp. Dies war eine Reaktion auf die ins Umfragetief getaumelte ÖVP, die seit letztem Jahr versucht, einen zweiten Aufguss des türkisen Kurz-Konzepts, also das Buhlen um FPO-Wähler mit rechten Positionen, umzusetzen, wenn etwa Innenminister Gerhard Karner und Kanzler Karl Nehammer Mauern an der EU-Außengrenze fordern.. Kickl hat in diesem Zusammenhang kein Problem seine Forderungen noch radikaler zu gestalten und damit die ÖVP zu einem immer weiteren nach rechts Rücken zu veranlassen. Daher verlangte er in der erwähnten APA-Meldung auch Maßnahmen wie Ungarn sie setzt, und daher an der österreichischen Grenze Zäune zu bauen, also eine *Festung Österreich* zu errichten.

Auch hier sollte man die Wortwahl im historischen Kontext betrachten und Kickl keine Zufälligkeiten unterstellen: Ende 1944 verkündete Adolf Hitler und die NS-Propaganda es gebe eine Alpenfestung mit Fabriken in Felsen, uneinnehmbaren Stellungen und V-Waffen, Elitetruppen und ähnliches. Alles Chimäre – was aber blieb, war der Begriff der Alpenfestung als ein letztes Bollwerk der Nationalsozialisten. Und dieser Begriff überlebte den Untergang des 3. Reichs und geistert seit Jahrzehnten durch die Publikationen.

Kickl würde die begriffliche historische Duftmarke, die hier gesetzt wird, von sich weisen und er spricht im Zib2-Interview vom Jänner dieses Jahres davon, dass die Festung Österreich nur ein Gegenbegriff zum Asylmagneten Österreich wäre, er habe bereits als Innenminister im Jahr 2019 einen Auftrag für bauliche Schutzmaßnahmen an der österreichischen Grenze erteilt. Außerdem verteidigte er die Forderung seines niederösterreichischen Statthalters Udo Landbauer Push Backs gegenüber Zuwanderern durchzuführen, *bevor die österreichische Bevölkerung unter die Räder komme*. Tatsächlich ließ er sich im niederösterreichischen Wahlkampf auf einem Werbeplakat, auf dem „Festung Österreich“ stand in einer Fantasie-Militäruniform abbilden und blickte dabei martialisch in die Gegend.

In den Medien wird das kaum substantiell kritisiert, sondern als der übliche Verbalradikalismus der FPO abgetan, in einschlägigen Kreisen von den Identitären bis zu Neonazis werden die ausgesandten Signale wohl verstanden.

Perspektive für die NR-Wahlen

Die veröffentlichten Umfragen zeigen seit Monaten das konstante Bild einer an erster Stelle befindlichen FPO, die in der Nähe der 30 % Marke angesiedelt ist. Dahinter liegt die SPÖ, über deren Zustand an anderer Stelle berichtet wird. Erst dann folgt die nach den Skandaljahren des Sebastian Kurz gebeutelte ÖVP mit um die 20% Zustimmung. Aus dieser Konstellation heraus hat man sich mit dem Chefstrategen Fleischmann, den sich Karl Nehammer ins Kanzleramt geholt hat, bei der ÖVP das Motto auf die Fahnen geschrieben, die rechten Positionen der FPO von Zuwanderung über Umwelt und Corona bis hin zu gesellschaftspolitische Fragen, wie unter Kurz, wieder mehr oder weniger zu übernehmen. Gleichzeitig kommunizierte man noch letztes Jahr, dass eine neuerliche Koalition mit einer Kickl-FPO auszuschließen wäre. Das hat sich im Laufe dieses Jahres geändert.

Anfang des Jahres gab der wiedergewählte Bundespräsident Alexander Van der Bellen im Zuge seiner Angelobung zu verstehen, dass er jemanden wie Herbert Kickl, sollte die FPO stimmenstärkste Partei nach der Nationalratswahl werden, nicht mit der Regierungsbildung beauftragen würde. Kickl nahm diesen Fehdehandschuhe gerne



demos mit dabei zu sein. Neben verwirrten Esoterikern und Grün-Fundis war die Organisation dieses Versuchs einer Eroberung der Straße fest in den Händen von Faschisten und Neonazis. Und Herbert Kickl stellte sich auch an die Spitze dieser Demonstrationen und sprach von einer „*internationalen Clique, die die Welt noch im Griff hält*“ (ein Szenecode für die antisemi-

auf und stilisierte den Bundespräsidenten als Antidemokraten und sich selbst als jemanden, der letztlich vom Volk beauftragt wäre eine Mission umzusetzen, ein Volkskanzler eben.

Der realverfassungsrechtliche Spielraum des Alexander Van der Bellen wäre tatsächlich, wie das Beispiel der Regierungsbildung Schwarz-Blau I im Jahr 2000 gezeigt hat auch überschaubar. Damals blieb nach der Einigung zwischen Schüssel und Haider dem schwarzen Bundespräsidenten Thomas Klestil nichts anderes übrig als die Regierung mit eisigem Blick anzugeloben.

Wie also wird die ÖVP nach der kommenden Wahl agieren?

Die im letzten Jahr noch zur Schau gestellte Ablehnung der FPÖ unter Herbert Kickl ist Makulatur. Immer mehr SpitzenpolitikerInnen der ÖVP zeigen keine Berührungängste mehr zu Herbert Kickl. Und der letztgültige Fingerzeig, wohin die Reise im Land nach den nächsten Wahlen gehen soll, war die Regierungsbildung in Niederösterreich. Dort ließ die Landeshauptfrau und wichtige Strippenzieherin in der ÖVP, Johanna Mikl-Leitner, die Verhandlungen mit der SPÖ aus fadenscheinigen Gründen platzen, um im Rekordtempo eine Koalition mit der FPÖ zu bilden. Mit einer Landesorganisation der FPÖ, die ganz nach dem Geschmack des Herbert Kickl die unappetitlichsten Rechtsausleger, wie Liederbuch-Landbauer und Menschenverächter Wald-

häusl in ihren Reihen hat. Mikl-Leitner machte brav einen Kotau vor den Corona Leugnern, segnete Deutsch am Schulhof ab und fördert nur noch Gasthäuser mit österreichischer Küche. Mehr an sprachlicher, aber auch politischer Anbiederung an die FPÖ geht nicht.

Die ÖVP ist also klar auf Kurs zum dritten Mal in diesem Jahrhundert in eine Koalition mit der FPÖ zu gehen, dieses Mal aber möglicherweise als Juniorpartner. War es früher noch die Idee mit Regierungsbeteiligung oder Übernahme von rechten Positionen die Gefahr der FPÖ einzudämmen und diese Partei einzuhegen, scheint es dieses Mal auch die Überlegung zu sein durch die Rückgewinnung der Justiz wenigstens die schlimmsten Verfolgungen der türkisen Protagonisten und der Partei als Organisation abzuwenden. Für die ÖVP geht es eigentlich um alles.

Wenn es tatsächlich dieses oder nächstes Jahr soweit kommt, sollte man nicht vergessen, dass Herbert Kickl zwar unter dem Titel der Freiheit alle vernünftigen und solidarischen Maßnahmen der Corona-Politik kritisiert hat, dass er aber die Instrumente der eingesetzten Notverordnungen genau registriert hat und sich sehr leicht einen Ausnahmezustand, wie er zuletzt in Italien verkündet wurde, konstruieren würde, um autoritär zu regieren. Dazu ist der Boden des rechtsextremen Straßenprotestes von den Identitären bis hin zu Gottfried Küssel im

Verbund mit Hooligans der Fußballszene aufbereitet.

Die bürgerliche Partei des Kapitalismus in Österreich, die ÖVP, befindet sich in einem verzweifelten Niedergang und es scheint ihr, um sich irgendwie über Wasser zu halten, nur noch der Ausweg des Steigbügelhalters für einen Volkskanzler zu bleiben. Diese Perspektive klingt schauerlich und hätte dieses Mal andere Konsequenzen als die durch Ibiza unterbrochenen Umbauversuche des Staates unter Türkis-Blau – Kickl ist nicht wie Kurz und nicht wie Strache, er ist Asket.

Wir sollten uns keinen Illusionen hingeben, dass ein rechtsautoritäres Regime, wie wir es in Ungarn erleben, auch in diesem Land möglich ist und wir sollten alle Überzeugungsarbeit im Proletariat leisten, um es zu rechtzeitigem Widerstand zu motivieren.

Leo Trotzki schrieb 1932 zur Situation in Deutschland vor der Machtergreifung der Nationalsozialisten:

„Wir sind unerschütterlich davon überzeugt, dass der Sieg über die Faschisten möglich ist – nicht nach ihrer Machtergreifung, nicht nach fünf, zehn oder zwanzig Jahren ihrer Herrschaft, sondern jetzt, unter den gegebenen Bedingungen, in den kommenden Wochen und Monaten.“

Nehmen wir es ernst.

Proteste in Wien gegen die Gaskonferenz

„Don't gas Africa!“

Wissenschaftliche Studien belegen, dass die menschengemachte Erderwärmung zu einer Fülle von Katastrophen wie Dürren, Ernteausfällen, Waldbränden, Artensterben, Überschwemmungen, Überflutungen von Küstengebieten u. a. führt. Angesichts der Faktenlage dürfte davon ausgegangen werden, dass die Menschheit alles dafür tut, um den von ihr verursachten Treibhausgasausstoß zu reduzieren.

Doch der herrschende Kapitalismus ist kein auf Humanität und Logik, sondern auf Profitbesessenheit aufbauendes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem. So domi-

nieren die geopolitischen Spannungen zwischen den großen imperialistischen Blöcken USA und den europäischen Imperialismen auf der einen und China und Russland auf der anderen Seite die Überlegungen der weltweiten Energiepolitik.

Die EU möchte so rasch wie möglich ihre Abhängigkeit vom russischen Erdgas reduzieren. Auch das aus den USA importierte Flüssiggas ist nicht die Lösung, da die Tankerkapazitäten extrem begrenzt sind und keine Entlastung in Sicht ist. Zudem gerät das mit der Frackingmethode gewonnene US-Gas durch seine Umweltschädlichkeit

immer mehr in Verruf. In den Fokus der Begehrlichkeiten gelangt dabei immer mehr Afrika. Von den etwa 1,3 Mrd. Afrikaner*innen ist etwa die Hälfte ohne Stromversorgung. In Afrika wohnt ein Sechstel der Weltbevölkerung, das 6 % des weltweiten Energiebedarfs benötigt und 3 % der globalen Treibhausgasemissionen verursacht. Auch ohne die Begehrlichkeiten der EU bedingt das enorme Bevölkerungswachstum des schwarzen Kontinents einen wachsenden Energiebedarf.

Bei den Plänen, die Gasförderung in Afrika zu steigern, handelt es sich seitens der EU

keineswegs um kurzfristige Zwischenlösungen zur Überbrückung des Embargos gegen Russland. So rechnet der BP Konzern mit einer Steigerung der Erdgasförderung in Afrika um 80 % bis 2035. Von der Entdeckung eines Gasfelds bis zum Beginn der Förderung dauert es durchschnittlich 12 Jahre. Algerien will die Erdgasförderung in den nächsten 4 Jahren verdoppeln. Dabei ist gerade Algerien – wie andere afrikanische Staaten auch – mit seinen ausgedehnten Wüstenflächen und langen Küsten ein ideales Land für die Entwicklung von Sonnen- und Windenergie.

Im Kapitalismus, dem Wirtschafts- und Gesellschaftssystem der Profitzwänge und der Skrupellosigkeit, sind Logik und Sinnhaftigkeit keine Entscheidungskriterien. Da-

her trafen einander in Wien Ende März 2023 Vertreter*innen von Gaslobby, Banken und Regierungen, um vor allem über die Entwicklung und Aufteilung des Gasmarktes in Afrika zu beraten.

Doch der Widerstand wächst und die Klimabewegung nimmt eine zunehmend anti-kapitalistische Haltung ein. Tausende Menschen demonstrierten am Wiener Stephansplatz und die Zufahrt zur OMV in Mannswörth wurde blockiert. Immer mehr Menschen erkennen, dass der Kapitalismus das große Hindernis auf dem Weg zur Klimagerechtigkeit ist. Die Profitlogik des Kapitalismus akzeptieren heißt weitgehendere Reformen unmöglich machen. Deshalb sind auch viele Vorschläge aus der "Umweltbewegung" zum Scheitern verurteilt: sie glau-

ben, den Kampf gegen die Naturzerstörung und die Ausbeutung der Ressourcen innerhalb dieses Systems verwirklichen zu können. Nur eine völlig neue Wirtschafts- und Gesellschaftsform ohne Profitzwang wird die notwendigen Maßnahmen zum Stopp der Erderwärmung treffen können.

Eine solidarische, sozialistische Gesellschaft wird eine pragmatische Herangehensweise an gesellschaftlich relevante Fragen bevorzugen. So könnte zum Beispiel Erdgas im unbedingt notwendigen motorisierten Individualverkehr sowie in Kraft-Wärme-Kopplungskraftwerken als Übergangstechnologie bis zum ausreichenden Ausbau erneuerbarer Energieformen weiter zum Einsatz kommen.

Erderwärmung steigt weiter

Kapitalismus ist das Problem, nicht die Lösung

Der jüngste Bericht des EU-Erdbeobachtungsprogramms Copernikus liest sich wie das Drehbuch zu einem Katastrophenfilm. Mit 1,15 Grad über dem vorindustriellen Niveau erreichten die weltweiten Durchschnittstemperaturen 2022 ebenso wie die CO² Konzentration in der Atmosphäre einen neuen Höchststand. Langanhaltende Dürreperioden und ausgedehnte Waldbrände waren die Folgen. Zudem gab es einen Rekord bei den weltweit jemals gemessenen Meerestemperaturen. In Europa war der Sommer 2022 noch um 0,5 Grad heißer als der bisherige Rekordsommer 2021 und um 1,4 Grad wärmer als der Durchschnitt der Messgeschichte. Damit ist Europa der sich am schnellsten erwärmende Kontinent. Kernpunkt des Berichts ist die zunehmende Trockenheit. Weitere Daten für Europa zeigen unterdurchschnittliche Wasserstände bei 63 % der europäischen Flüsse, Anstieg der Zahl und des Ausmaßes an Waldbränden vor allem in Südwesteuropa mit einem massiven Anstieg der Treibhausgasemissionen aus dieser Region als Folgeerscheinung, Durchschnittstemperaturen in Westeuropa bis zu 10 Grad über dem langjährigen Mittel, Rekordtemperaturen in Großbritannien von über 40 Grad, 73 % der europäischen

Seen überdurchschnittlich warm, Rekord beim Rückgang von Alpengletschern.

All diesen als Weckruf zu verstehenden Fakten zum Trotz macht die Stahlindustrie – immerhin für 8 % der Treibhausgasemissionen verantwortlich – durch die neuen Dimensionen des weltweiten Wettrüstens mit dem Verkauf von Kanonen, Panzern, gepanzerten Fahrzeugen etc. gute Geschäfte. Ein einziger Kampfeinsatz eines Kampfflugzeugs verursacht etwa den vierfachen jährlichen CO² Ausstoß eines Durchschnittsösterreichers. Ein Kampfpanzer benötigt mehr als 400 km Diesel auf 100 km. Länder wie China, Indien und Australien setzen weiter auf den Ausbau der Kohlekraft. Der Weltbestand an Autos steigt um fast genau ein Auto pro Sekunde. Der Flughafen Wien meldet, dass die aktuelle Auslastung bereits 87 % des Niveaus des Rekordjahrs 2019 beträgt. Die Brandrodungen der brasilianischen Amazonas-Regenwälder haben unter dem neuen, vermeintlich „linken“ Präsident Lula da Silva im ersten Quartal 2023 eine Fläche drei Mal so groß wie Wien niedergebrannt. Für den Februar 2023 bedeutete das eine Steigerung von 62 % zum Vergleichsmonat des

Vorjahres und damit neuen traurigen Rekord. Verantwortlich dafür sind Fleisch- und Sojaindustrie, die so wieder neue Produktionsflächen gewinnen. Dazu passt die Annäherung zwischen Brasilien und China, das im Jänner und Februar 2023 eine Rekordmenge an Soja aus Brasilien importierte.

All diese Fakten zeigen einmal mehr: Mit dem Kapitalismus, der herrschenden Wirtschafts- und Gesellschaftsform ist es nicht möglich, das 1,5 Grad Ziel von Paris zu erreichen. Mit ihm schreitet die Erderwärmung unaufhaltsam voran. Der Kapitalismus hat nicht die Lösung, denn er ist das Problem. In diesem System lassen sich bestenfalls kurzfristige, punktuelle und nicht entscheidende Erfolge im Kampf gegen die Erderwärmung erzielen. Die Profitlogik führt jedoch dazu, dass spätestens bei der nächsten Wirtschaftskrise die ökopolitischen Überlegungen über Bord geworfen werden. Wir brauchen eine solidarische, von den Beschäftigten nach deren Bedürfnissen geplante Wirtschaft, eine Gesellschaft, die fernab jeglicher Profitlogik ohne Ausbeutung und Unterdrückung auskommt, eine Gesellschaft, die wir Sozialismus nennen.

Frankreich: Der Kampf für den Generalstreik

Verfassungsrat oder Klassenkampf?

Die Intersyndikale [siehe Anmerkung am Ende des Artikels! - die Redaktion] hat für den 13. April einen zwölften Aktionstag ausgerufen. Die Gewerkschaftsführer*innen wissen jedoch genau, dass dieser zwölfte Tag ebenso wenig wie die elf vorangegangenen die Regierung zum Einlenken bewegen wird. Dennoch zögern sie nicht, die Arbeiter*innen zu diesen wiederholten Streiks oder zersplitterten verlängerbaren Streiks (grèves reconductibles) aufzufordern. Sie haben sich von Anfang an geweigert, zum Generalstreik aufzurufen, zum Streik aller gemeinsam und gleichzeitig, bis die Gegenreform zurückgezogen wird. Der Generalstreik hätte die kapitalistische Wirtschaft tatsächlich zum Erliegen gebracht und die gesamte Arbeiterklasse in einem Block gegen die Regierung gestellt.

Der Präsident kann also von China aus schwadronieren:

„Wie hoch war die Streikrate in den letzten zwei Wochen? Sie ist auf einem historisch sehr niedrigen Niveau. Vom Bildungswesen über den Energiesektor bis hin zum Transportwesen... Man soll mir nicht erklären, dass das Land stillsteht. Das ist nicht wahr!“ (Macron, 5. April).

Die Weigerung, die Perspektive eines Generalstreiks zu eröffnen, ist es auch, die [Innenminister] Darmanin und seine Polizei beflügelt, immer mehr Knüppelschläge auszuverteilen, Demonstrant*innen mit Gas anzugreifen, Streikende zur Arbeit zu zwingen und Streikposten in Raffinerien und in der Müllbesweigung anzugreifen. Mit einem eigenen Ordnerdienst würde der Generalstreik die Selbstverteidigung der Demonstrant*innen und Streikenden organisieren.

Aus denselben Gründen, aus denen die Gewerkschaftsführer*innen im Renten-Orientierungsrat und in den Verwaltungsräten der kapitalistischen Konzerne sitzen und die sie dazu gebracht haben, monatelang Diskussionen über das Projekt gegen die Renten zu akzeptieren, gehen sie auch vor dem Verfassungsrat in die Knie.

Die Gewerkschaften haben dem Verfassungsrat, der am 14. April eine Entscheidung treffen wird, Argumente vorgelegt, nach denen das Gesetz für verfassungswidrig erklärt werden sollte. (CFDT-CGT-FOSUD-FSU-UNSA-CFTC-CFE, Communiqué, 6. April).

Die CGT appelliert an die Verantwortung des Verfassungsrates, der auf den gerechten Zorn der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer achten muss (CGT, Communiqué, 6. April).

Die Verlängerung der Arbeitszeit um zwei Jahre ist gegen die Interessen der Arbeiter*innen gerichtet. Sie ist keineswegs gegen die Verfassung der bürgerlichen Fünften Republik, die 1958 aus dem Staatsstreich der Armee zugunsten von General de Gaulle hervorgegangen ist. Der Verfassungsrat besteht aus neun erbehaltenen Dienern der Bourgeoisie, ehemaligen Premierministern wie Juppé oder Fabius oder hohen Beamten, die für ihre Mitgliedschaft 13.700 Euro brutto monatlich erhalten, die auf ihre Renten aufgeschlagen werden... Und uns man will man glauben machen, dass sie das gesamte Gesetz verhindern werden?

Seitens der CFDT hat Berger bereits erklärt, dass er die Legitimität des Verfassungsrates nicht in Frage stellen wird. Und Binet für die CGT sagt kaum etwas anderes, sie, die vorhersagt, dass nach dem 14. April „die Mobilisierung in der einen oder anderen Form weitergehen wird“. Welche andere Form? Das Täuschungsmanöver eines Referendums, eine weitere Institution der Fünften Republik!

Der Verfassungsrat muss am 14. April auch über die Gültigkeit des von NUPES gestellten Antrags auf Durchführung eines Referendums zur Beibehaltung des gesetzlichen Renteneintrittsalters von 62 Jahren entscheiden. Dieses verfassungsrechtliche Fundstück ist der letzte Ausweg, um den Klassenkampf zu ersetzen: Im Falle einer Genehmigung durch den Verfassungsrat müssten in weniger als neun Monaten 4,8 Millionen Menschen den Vorschlag unterzeichnen, dann hätten die Nationalver-

sammlung und der Senat sechs Monate Zeit, um sich zu äußern, andernfalls müsste der Präsident anschließend ein Referendum ansetzen. Das ist ein Hindernisparcours, der seit seiner Einführung durch Sarkozy im Jahr 2008 aus gutem Grund noch nie durchlaufen werden konnte.

Der Generalstreik stellt die gesamte Arbeiter*innenklasse gegen die Regierung der Bourgeoisie: Wenn sie nicht nachgibt, droht sie hinweggefegt zu werden. Der Generalstreik mit seinen gewählten Streikkomitees, die lokal, regional und national koordiniert werden, drückt die Bewegung der Revolution zur Übernahme der Macht, der Regierung der Arbeiter*innen aus, um die Gesellschaft nach ihren Bedürfnissen und nicht nach denen des Profits zu organisieren. Deshalb wollen weder die reformistischen Parteien noch die Gewerkschaftsführer etwas davon wissen.

Es mangelt nicht an der Kampfbereitschaft der Arbeiter*innen und Studierenden und auch nicht an ihrer Entschlossenheit. Was fehlt, um zu gewinnen, ist eine revolutionäre Organisation, die ihnen hilft, die Hindernisse zu überwinden, die von den "reformistischen" Parteien und den bürokratischen Apparaten, die die Gewerkschaften führen, errichtet werden.

Groupe Marxiste Internationaliste,

11. März 2023

Anmerkung:

Als Intersyndicale bezeichnet man den Zusammenschluss verschiedener Gewerkschaften einer Branche, eines Unternehmens oder der Gewerkschaften eines geografischen Gebiets (Stadt, Kanton, Region, Land oder sogar auf internationaler Ebene) mit dem Ziel, gemeinsame Aktionen durchzuführen. Seine Tätigkeit kann sich auf alle öffentlichen Aktivitäten der Gewerkschaften erstrecken (gemeinsame Erklärung, Festlegung von Forderungen, Entscheidung über Aktionen usw.).

Beitrag eines Genossen der GMI bei unserer Online-Veranstaltung**„Die Regierung kümmert sich nicht um diese vereinzelt Streiks, die keine Perspektive haben!“**

Französisch für Arbeiter*innen
Lektion 1

GRUPPE
KLASSENKAMPF

Grève générale, sans attendre !
Generalstreik, unverzüglich!



Online-Veranstaltung am Dienstag, 28.2.2023, 19.30 Uhr mit einem französischen Genossen über den Kampf gegen die Attacken auf die Renten.

Ihr könnt euch am 28.2. ab 19:15 auf unserer Homepage www.klassenkampf.net einloggen oder den Link per Mail anfordern: gruppeklassenkampf@tutanota.com

www.klassenkampf.net
gruppeklassenkampf@tutanota.com

Am 28. Februar 2023 haben wir eine internationalistische Online-Veranstaltung mit einem Genossen unserer französischen Schwesterorganisation, der Groupe Marxiste Internationaliste, durchgeführt. Auf unserer Homepage findet ihr ausführliche Berichte über die Bewegung gegen die Pensions(gegen)reform der Regierung Macron, darunter auch zahlreiche Übersetzungen von Flugblättern der GMI und Berichte von Interventionen unserer Genoss*innen bei Streikvollversammlungen.

beiter*innenklasse und jedes Mal endete er mit einer Niederlage für die Arbeiter*innenklasse, außer 1995, als die Regierung teilweise zurückwich.

Warum? Die Antwort ist ganz einfach: weil die Regierungen nie mit dem Generalstreik der Arbeiterklasse konfrontiert wurden, einem einzigen, massiven Block, um die Regierung zum Nachgeben zu bringen. Stattdessen gab es zersplitterte Streiks, aufgeteilt auf Aktionstage, ein Tag Streik hier, ein Tag Streik da, verteilt auf mehrere Monate. 2010 gab es zum Beispiel über sechs Monate hindurch 14 Aktionstage! Die Regierung kümmert sich nicht um diese vereinzelt Streiks, die keine Perspektive haben. Sie wartet jedes Mal auf den Tag nach dem Streiktag - und alles ist wieder normal, bis zum nächsten Aktionstag. So erschöpft sich nach und nach der Kampfgeist der Arbeiter*innen. Außer 1995, als es auch keinen richtigen Generalstreik gab, aber die Situation in einen Generalstreik umzuschlagen drohte und die Regierung aus Angst teilweise einlenken musste.

Aber warum gab es keinen Generalstreik? Die Gewerkschaftsführerinnen, die Führer der reformistischen Parteien wie der PS oder der PCF, wollen den Generalstreik nicht. Und warum? Sie wollen nicht, dass ihnen die Situation entgleitet. Die Gewerkschaftsführer*innen sind so an die Aufrechterhaltung des Kapitalismus gebunden, dass sie sich bereit erklären, alle von den Bossen und

der Regierung gewünschten Angriffe zu diskutieren und zu verhandeln, als ob irgendwas Positives für die Arbeiter*innenklasse dabei herauskommen könnte.

Sie waren bereit, die Rentengegenreform Macrons zu diskutieren, die die Regierung innerhalb von sechs Monaten durchsetzen will. Es war nur die Mobilisierung der Arbeiter*innen, die den Führer*innen der Intersyndicale, die das nicht wollten, kürzlich die Parole der Rücknahme der „Reform“ aufzwang. Aber die Gewerkschaftsbürokrat*innen wollen immer noch Macrons Pläne in „eine gute Reform“ umwandeln.

Die PS und die PCF sind absolut auf einer Linie und wollen keinen Generalstreik, denn das würde möglicherweise den Beginn einer revolutionären Situation bedeuten. In der Tat bedeutet der Generalstreik den Kampf für die gewählten, mit einem eindeutigen Mandat versehenen und absetzbaren Streikkomitees. Er bedeutet die Koordination dieser Streikkomitees, Nachbarschaftskomitees usw. Er bedeutet die Bildung eines zentralen und nationalen Streikkomitees, das einzige, das befugt ist, den Streik zu führen. Unterstützt würde dieses zentrale Streikkomitee von der immensen Kraft der versammelten Arbeiter*innenklasse, die wie der Embryo einer Doppelmacht gegen die Regierung steht. Deshalb erschreckt der Generalstreik sowohl die Regierung als auch die Bürokraten so sehr - weil er die Keime für die Entwicklung

Derzeit gibt es in Frankreich heftige Demonstrationen, auch in Kleinstädten, und Streiks gegen den Plan der Regierung, die Rentenansprüche anzugreifen.

Wie der Genosse in seiner Einleitung daran erinnerte, ist der Angriff der Regierung auf das Rentensystem nicht der erste, sondern die Fortsetzung einer langen Reihe von Angriffen, die die Arbeiter*innenrechte bereits erheblich untergraben haben. Als ich anfang zu arbeiten, war die allgemeine Regel in Frankreich:

- Anspruch auf Pensionierung im Alter von 60 Jahren mit voller Rente nach 37,5 Beitragsjahren.

Wenn das nächste Gesetz verabschiedet wird, sind wir bei:

- Anspruch auf Pensionierung mit 63 Jahren und Vollpensionierung nach 43 Beitragsjahren.

das sind fast 6 Jahre zusätzliche Arbeit, um eine volle Rente zu bekommen!

Daher gab es bereits zahlreiche Angriffe und jedes Mal gab es einen Kampf der Ar-

der Revolution enthält.

Aber warum folgt die Arbeiterklasse immer den Herrschenden, wenn sie sie in die Niederlage führen? Die Antwort auf diese Frage ist entscheidend und besteht aus zwei Teilen, die eng miteinander verbunden sind:

Offensichtlich erkennt ein Teil der Arbeiter*innenklasse und teilweise noch mehr der Jugend, dass die Aktionstage der Bürokraten, ihre Scheinaktionen wie Fackelzüge, Ballonstarts etc. nirgendwohin führen. Sie suchen eine andere Perspektive. Aber was finden sie? Sie finden „revolutionäre » Organisationen, die am Sonntag von der Revolution reden und jeden Tag der Woche bürokratischen Verrat üben und auch noch stolz darüber berichten. Diese Organisationen, in Frankreich die NPA, LO, Revolution Permanente, die POI und die POID, sagen jungen Menschen und Arbeiter*innen: „Die Aktionstage sind gut, wir müssen sie unterstützen, aber das ist unzureichend. Was braucht es also? Wir brauchen erneuerbare Streiks!“

Was bedeutet das ? Wo die Arbeiter am kämpferischsten sind, wird ihnen angeboten, den Streik am nächsten Tag oder sogar jeden Tag zu verlängern, aber eben immer nur tageweise. Das sind Streiks von Standorten, von Sektoren, jeder in seiner eigenen Ecke, isoliert und ohne Aussicht auf einen zentralisierten Kampf, den Kampf « alle gemeinsam, gleichzeitig gegen die Regierung. So ließen diese Organisationen 2019/2020 im Einvernehmen mit den Gewerkschaftsbürokraten der SNCF die Arbeiter allein bis zu 50 Tage lang vergeblich streiken, während die anderen Arbeiter von Zeit zu Zeit zu Aktionstagen aufgerufen wurden! Warum machen die NPA-, LO-, RP-, POI- und POID-Organisationen das? Weil sie nicht mit den Gewerkschaftsapparaten brechen wollen, in denen sie Positionen haben. Daher passen sie sich ihnen an und bemänteln das mit radikalen Phrasen.

Der zweite Grund, warum es der Arbeiter*innenklasse nicht gelungen ist, die konterrevolutionären Apparate zu überwinden, ist das Fehlen einer revolutionären Arbeiter*innenpartei, die mit aller Macht dafür kämpft, den Generalstreik gegen die Bürokrat*innen durchzusetzen. Die GMI ist nicht diese Partei, sie will sie aufbauen, aber unsere Kräfte sind schwach. Und doch schaffen wir es, manchmal zu punkten, wenn auch in kleinem Umfang. In Lyon ha-

ben wir zum Beispiel eine Position von einer Generalversammlung der Hochschulen, hauptsächlich Studenten, vertreten, die besagt:

Wiederholte Aktionstage, „Tage des Muskelspiels“, „langfristige Aktionen“ – der Regierung ist das egal! Sie wartet immer bis zum folgenden Tag, an dem alles wieder normal ist. Die erneuerbaren Streiks, die in diesem oder jenem Sektor isoliert sind, erschöpfen die kämpferischsten Elemente, ohne mehr Ergebnisse zu erzielen.

Um zu gewinnen, geht es nicht darum, so lange wie möglich durchzuhalten, es geht darum,

Offensichtlich erkennt ein Teil der Arbeiter*innenklasse und teilweise noch mehr der Jugend, dass die Aktionstage der Bürokraten, ihre Scheinaktionen wie Fackelzüge, Ballonstarts etc. nirgendwohin führen. Sie suchen eine andere Perspektive.

... dass alle zusammen so hart wie möglich zuschlagen, um so schnell wie möglich zu gewinnen. Es ist der Generalstreik bis zur Zurücknahme des Gesetzesentwurfs.

Gewerkschaftsführungen, ruft sofort einen Generalstreik bis zur Rücknahme der Regierungsvorlage aus!

Organisieren wir uns für den Generalstreik!

Eine Mehrheit hat für diese Resolution gestimmt. Das war gut und das war wichtig. Aber die studentischen Aktivist*innen der NPA, die für diesen Antrag gestimmt haben, haben ihn dann trotz unserer Aufforderung weder in Lyon noch anderswo später aufgegriffen.

Das Eingreifen einer revolutionären Organisation kann eine sehr konkrete Wirkung haben, wenn die Kräfte ausreichen. Bei einer Demonstration kann ein entschlossener Zug von einigen Dutzend Aktivisten, die zum Beispiel „Generalstreik bis zur Rücknahme des Gesetzesentwurfs“ rufen, die ganze Demonstration unter dieser Parole vereinen, was dann dazu führt, dass sich das in den Vollversammlungen widerspiegelt usw. Aber wir sind heute in Frankreich die einzigen, die diese Orientierung verteidigen. Keine andere Organisation, selbst die in Worten revolutionärsten, kämpfen dafür.

Der Vorsitzende der CGT wiederholt immer wieder, dass „der Generalstreik nicht

verordnet werden kann“ und fügt hinzu, dass „die Arbeiter in den Unternehmen entscheiden müssen, ob sie den Streik fortsetzen oder nicht“. Das stimmt zum Teil, denn am Ende entscheiden die Arbeiter*innen. Stellt euch einmal wie das wäre, wenn ein General, bevor seine Truppen in den Kampf ziehen, zu den Leuten sagt : „Es liegt an euch, ob ihr geht oder nicht, also macht, was ihr richtig findet“? So organisiert man Niederlagen.

Der Kampf ist noch nicht vorbei. Am 7. März ruft die Gewerkschaft zu einem neuen

Streiktag und zur „Blockade“ des Landes auf. Aber nicht am 8. März! Die Gewerkschaftsführer von SNCF, RATP, Raffinerien, im Energiesektor, rufen zu verlängerbaren Streiks ab dem 7. März auf. Die zentristischen Organisationen LO, NPA, RP unterstützen diese Initiativen, weil am 8. März Frauentag ist und dass Jugendorganisationen am 9. März Schüler und Gymnasiasten zum Aktionstag der Jugend aufgerufen haben. Aber keiner ruft zum Generalstreik auf, organisiert für den Generalstreik, bildet Aktionskomitees für den Generalstreik, fordert Gewerkschaftssektionen auf, Generalversammlungen zum Generalstreik aufzustellen, wie es die GMI tut. Wir jedenfalls setzen diesen Kampf fort.

REVOLUTION COMMUNISTE
 Groupe marxiste internationaliste | Collectif révolution permanente en France |

Dirigeants syndicaux, appelez à la grève générale !

GREVE GENERALE JUSQU'AU RETRAIT

La bataille décisive pour la grève générale est engagée p. 2
 Contre les journées d'action et les grèves reconductibles p. 8
 L'attaque de l'Etat bourgeois contre nos retraités p. 8
 Le réarmement de l'imperialisme français p. 12
 8 mars, femmes travailleuses, luttons pour mettre fin à la double exploitation ! p. 14
 Les deux NPA, l'intégration et la grève générale p. 16
 Lettre ouverte au NPA anti-Nupes p. 19
 Grèves au Royaume-Uni p. 20
 Le mouvement ouvrier et la grève générale (1) B42-B50 p. 23
 Histoire du Parti communiste chinois (7) B41-B43 p. 25
 ABC du marxisme : front unique ouvrier p. 28

n° 55 mars 2023 2 euros

Eine Erklärung der türkischen Sektion des CoReP

Unterstützt den unabhängigen Kandidaten der Arbeiter*innen und Unterdrückten Çetin Eren!



Am 14. Mai 2023 sollen in der Türkei Wahlen stattfinden, um den Staatspräsidenten der Türkei zu bestimmen, der gleichzeitig Regierungschef ist. Amtierender Präsident ist Recep Tayyip Erdoğan. Gleichzeitig wird die Parlamentswahl durchgeführt. Unter dem Namen „Nationale Allianz“ präsentieren sich mehrere Anti-AKP-Parteien bei den Parlamentswahlen als Herausforderer Erdoğan. Bei den Präsidentschaftswahlen hat die kommunistische Gruppe KÖZ rund um die gleichnamige Zeitung „KÖZ“ („Glut“) einen unabhängigen Arbeiterkandidaten, Çetin Eren, aufgestellt. Unsere Genoss*innen von der Internationalistischen Kommunistischen

Die Türkei befindet sich in der schwersten Wirtschaftskrise ihrer Geschichte. Täglich neue Rekordarbeitslosenzahlen, steigende Lebenshaltungskosten bei Wohnen, Energie, Lebensmitteln. Eine rekordverdächtige Inflation hinterlässt unter den Werktätigen eine fatale Spur der Verwüstung.

Parallel dazu wird das Erdoğan-Regime von Tag zu Tag autoritärer, verschärft die Repressionen gegen die Werktätigen und Unterdrückten und setzt alle demokratischen Rechte und Freiheiten außer Kraft.

Als Produkt des kolonialistischen Vernichtungskrieges gegen die Kurd*innen führt das Regime militärische Operationen durch, die auf die Besetzung der Teile Kurdistans jenseits der Grenzen, insbesondere Rojava, abzielen. Im Inneren setzt sie loyale

Verwalter für HDP-Gemeinden (HDP = *Halkların Demokratik Partisi* Demokratische Partei der Völker) ein, die Verhaftungswelle von Bürgermeistern, Abgeordneten, den Parteivorsitzenden bis hin zu einfachen Mitgliedern der HDP geht weiter. Die HDP läuft Gefahr, in der Vorwahlzeit komplett ausgeschaltet zu werden.

Streiks sind als „Bedrohung für die nationale Sicherheit“ verboten. Faktisch wird versucht, das Streikrecht der Arbeiter*innenklasse überhaupt abzuschaffen. Alle Kämpfe der Arbeiter*innenklasse werden von Polizei und Gendarmerie gewaltsam unterdrückt und eingeschüchert.

Während sich die Spirale der doppelten Ausbeutung, der Gewalt, der Belästigung, der Vergewaltigung und der patriarchalischen Politik gegen Frauen weiter hoch-

Organisation EKIB unterstützen als einzige Organisation diese Kandidatur. Natürlich handelt es sich um eine propagandistische Kampagne, da für die Einreichung eines Wahlvorschlages 100 000 persönlich bei den Behörden zu leistende Unterschriften erforderlich sind. Was angesichts der Repression natürlich eine revolutionäre Kandidatur verhindern soll. Trotzdem konnten die Genoss*innen beider Organisationen einige Tausend Unterstützer*innen erreichen und in mehreren Städten erfolgreiche Wahlveranstaltungen durchführen.

schraubt, erklärt das Erdoğan-Regime alle Frauenorganisationen, die sich dagegen wehren und nicht unterordnen, zu Feinden. Es versucht, eine Verfassung zu schaffen, die die Existenz von LGBTIQ+ Menschen kriminalisiert, systematisch Hass durch den Staat schürt und nicht davor zurückschreckt, LGBTIQ+ Menschen ins Visier zu nehmen.

Kurz gesagt, das Erdoğan-Regime ist eine Macht, die darauf eingeschworen ist, die Freiheiten von Arbeiter*innen, Kurd*innen, Alevit*innen, Frauen und LGBTIQ+ Menschen weitestgehend zu kontrollieren und kleinste Abweichungen von der staatlich ausgerufenen Normen zu bestrafen.

All diese Merkmale des Erdoğan-Regimes sind im genetischen Code des türkischen Staates enthalten. Der türkische kapitalisti-

sche Staat hat in jeder Periode seiner Geschichte seit seiner Gründung als streng bürgerliche Diktatur existiert. Er war immer der erbitterte Feind der Werktätigen. In der grundlegenden ideologischen Doktrin des türkischen Kapitalist*innenstaates findet sich der Chauvinismus der Unterdrückernation. Sein Fundament sind Völkermorde, Massaker und Pogrome. Er sieht in jedem nicht-türkischen Element eine Bedrohung, das vernichtet und/oder assimiliert werden muss.

Selbst als der türkische kapitalistische Staat am meisten von Säkularismus sprach, erkannte er keinen anderen Glauben als den sunnitischen Islam an. Jede andere Glaubensrichtung betrachtete er als Bedrohung für seine nationale Einheit und Integrität, grenzte diese aus und versuchte diese zu eliminieren. Der türkische kapitalistische Staat hat die Familie, die der Eckpfeiler der Organisation der sexistischen Arbeitsteilung und der sexistischen Gesellschaftsordnung ist, immer als heilig betrachtet und immer behauptet, dass der Vater das Oberhaupt der Familie ist. Alle Gesetze, das gesamte Bildungssystem, der gesamte Staatsapparat sind patriarchalisch organisiert. Jede und jeder, der dies in Frage stellt, wird kurzerhand zum Feind erklärt. Der türkische Zentralstaat stand der Existenz von LGBTIQ+-Menschen von Haus aus feindselig gegenüber.

Der Grund, warum die „Nationale Allianz“, die heute die Opposition zum AKP-MHP-Pol bildet, mit der AKP-MHP in allen Arten von Reaktion, Freundschaft mit Kapitalist*innen, Marktliberalismus, Nationalismus, Chauvinismus, Migrant*innenfeindlichkeit und Frauenfeindlichkeit wetteifern kann, liegt genau hier. Die Nationale Allianz ist nicht der Gegner von Erdoğan, sondern bloß sein Konkurrent. Deshalb verfügt auch sie über alle genetischen Codes des türkischen kapitalistischen Staates.

Die « Nationale Allianz » hat den Arbeiter*innen und Unterdrückten nichts zu bieten. Für die Verwirklichung der Forderungen und Bestrebungen von Arbeiter*innen und Unterdrückten muss zu allererst der türkische kapitalistische Staat und all seine genetischen Codes zerstört werden. Das setzt die revolutionäre Mobilisierung der Arbeiter*innen und Unterdrückten voraus. Erdoğan kann nur durch eine Revolution beseitigt werden.

Diejenigen, die breite demokratische Fronten bilden, die den bürgerlichen Flügel der Opposition einschließen, kapitulieren in Wahrheit vor dem bürgerlichen Staat. Ebenso jene, die Wahlbündnisse eingehen und dazu aufrufen, im ersten oder zweiten Wahlgang für die Opposition, die sich im Rahmen der herrschenden Ordnung bewegt, zu stimmen. Oder jene, ihre Wahlstrategie darauf ausrichten, dieser Opposition zum Sieg zu verhelfen. Internationalistische Kommunisten erwarten nichts von bürgerlichen Regierungen, welche die Menschheit und alle Lebewesen auf dem Planeten in die Barbarei stürzen. Sie erwarten nichts von bürgerlichen Politikern, die sich diesen Regierungen widersetzen. Sie erwarten nichts von Reformisten, die Verbündete innerhalb der Bourgeoisie suchen und deren Horizont nicht über den bürgerlichen Parlamentarismus und die auf den Grenzen der Nationalstaaten basierende kapitalistische Welt hinausreicht. Sie erwarten nichts von Bürokrat*innen, deren Gewerkschaften sich in einen Apparat verwandelt haben, der die Arbeiter*innenklasse kontrollieren soll. Sie wenden sich nicht an sie. Im Gegenteil, sie sehen sie als Hindernisse, die es vor der Befreiung der Menschheit und aller auf dem Planeten lebenden Arten unter der Führung der Arbeiter*innenklasse zu beseitigen gilt.

Die internationalistischen kommunistischen Revolutionäre wenden sich an Arbeiterinnen und Arbeiter, an Jugendliche, denen ihre Zukunftsperspektive genommen wurde, an Homosexuelle, Migrant*innen, Geflüchtete, an alle Unterdrückten, die aufgrund ihrer nationalen, ethnischen, religiösen oder sexuellen Identität diskriminiert wurden, kurzgesagt: an die Verdammten dieser Erde.

Internationalistische kommunistische Revolutionäre sind von ihrem politischen Programm überzeugt sind sich der historischen Richtigkeit ihrer politischen Lehren und Aktionen und der revolutionären Kraft der Arbeiter*innenklasse bewusst. Im Einklang mit diesem Bewusstsein können wir konkretisieren, was wir bei den Präsidentschaftswahlen brauchen: Die revolutionäre Front der Arbeiter*innen und Unterdrückten, unabhängig von allen Fraktionen der Bourgeoisie. Wir müssen ihre Forderungen laut herausschreien und mit einem konkreten Aktionsprogramm für ihre Mobilisierung einen Schritt nach vorn machen. Internationalistische Kommunisten sehen Wahlen nie als Mittel, um den bürgerlichen Staatsapparat zu übernehmen. Sie sehen sie als ein Mittel, um sich an die Verdammten dieser Erde zu wenden.

Daher unterstützt Patronsuz Dunya die Kandidatur von Çetin Eren für die Präsidentschaftswahlen. Wir erklären, dass wir die Kampagne des unabhängigen Kandidaten zur Mobilisierung der Arbeiter*innen unterstützen, dass wir Teil dieser Kampagne sind und versuchen werden, sie überall dort, wo wir Kräfte haben, auszuweiten.

Die kämpfenden Arbeiter*innen werden die Freiheit bringen!

Vorwärts zur Mobilisierung der Arbeiter*innen!

Gruppe KLASSENKAMPF

SOZIALISMUS ODER BARBAREI



INTERNATIONALE PLATTFORM DES KOLLEKTIVS PERMANENTE REVOLUTION (November 2017)

Kommunistische Heft Nr. 4

Die "Internationale Plattform des CoReP" auf Deutsch erhältlich!

Im November 2017 hat das Kollektiv Permanente Revolution eine Internationale Plattform beschlossen, welche die grundlegenden Positionen unserer Strömung zusammenfasst. Auf der Website des CoReP konnten Interessentinnen und Interessenten die Plattform bereits seit langem in mehreren Sprachen lesen und downloaden. Eine deutsche Übersetzung erwies sich als langwierigeres Projekt – eine "provisorische" Übersetzung hatten wir zwar als Diskussionsbasis für Sympathisant*innen fertiggestellt, wir mussten aber erkennen, dass viele der vorkommenden Organisationen oder internationalen Strömungen, mit denen sich die Plattform kritisch auseinandersetzt, in Deutschland und Österreich nicht unbedingt allgemein bekannt sind. Wir haben daher ein Glossar zur Plattform erarbeitet.

Die Broschüre ist um 6,-- EUR bei den Genoss*innen der GKK erhältlich. Ihr könnt sie auch auf unserer Homepage bestellen!

Ohne revolutionäre Theorie kein revolutionäre Praxis



Unsere Angebote zur marxistischen Bildung

Die Gruppe KLASSENKAMPF steht programmatisch auf dem Boden des Marxismus, Darunter verstehen wir keine abstrakte Theorie – die Lehre des wissenschaftlichen Sozialismus ist vielmehr eine Anleitung zum Handeln.

Daher bieten wir auch ständig in unterschiedlicher Weise Schulungen, Diskussionsforen und Lesekreise an, um Interessierten die Möglichkeit zu bieten, sich marxistisches Grundlagenwissen anzueignen.

Derzeit Lesekreis zu Engels' „Anti-Dühring“

Der „Anti-Dühring“, ursprünglich in Fortsetzungen in der Zeitung der SAP ab 1877 abgedruckt, wurde in der Buchausgabe eines der meistgelesenen Werke in der jungen deutschen Arbeiter*innenpartei. Als Polemik gegen den Privatgelehrten Eugen Dühring, der innerhalb der Partei eine gewisse Strahlkraft hatte, gerichtet, nutzte Engels die Gelegenheit, den utopischen und reaktionären Anschauungen Dührings ein möglichst umfassendes wissenschaftlich-sozialistisches Weltbild entgegenzustellen. Daher wird der „Anti-Dühring“ mitunter als das „Geburtsdokument des Marxismus“ bezeichnet.

Engels entwickelt einerseits systematisch die philosophischen Grundlagen des Marxismus, referiert die marxistische Wirtschaftstheorie (an diesem Teil des Werks hat Max maßgeblich mitgewirkt) und beschäftigt sich mit der „Ideengeschichte“ des modernen Sozialismus.

Bis heute wird das Werk immer wieder von (klein)bürgerlichen und universitären „Linken“ angegriffen, weil es die Basis dessen ist, was sie herablassend den „Weltanschungsmarxismus“ nennen. Wir können mit diesem Begriff sehr gut leben - tatsächlich braucht das Proletariat eine eigene Weltansicht, um den Kapitalismus stürzen zu können. Die sozialistische Theorie ist kein „Kaugummi für das Gehirn einiger Intellektueller“, sondern eine Anleitung zum politischen Handeln.

Diesen Lesekreis führen wir sowohl in Form von Online-Veranstaltungen als auch in „Real Life“ durch. Für die Teilnahme an den Online-Meetings ist keine Software-Installation nötig, wir verwenden das Open-Source-Programm Jitsi Meet, das es auch als app für Mobiltelefone und Tablets gibt.

Der Marxistische Studien-zirkel MSZ

Wenn Du Lust hast, in lockerer Atmosphäre Kenntnisse über den Marxismus zu erwerben oder zu vertiefen, bist Du beim Marxistischen Studienzirkel (MSZ) richtig. Der MSZ ist eine Initiative der Gruppe KLASSENKAMPF und soll ein Forum bieten, in dem sich Interessierte gemeinsam theoretisches Wissen aneignen. Während der Lockdowns des vergangenen Jahres haben wir den MSZ virtuell veranstaltet – in Form von Videokonferenzen und Webinaren. Der persönliche Kontakt ist natürlich besser. Wir haben aber gelernt, das Beste aus dem erzwungenen „distancing“ zu machen. Mit Präsentationen und Multi-Medien-Einspielungen haben wir unter anderem folgende Themen behandelt: Friedrich Engels' „Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“; eine mehrteilige Serie „Frauen vor, in und nach der Russischen Revolution“. Aber auch aktuelle Themen wie Inflation oder eine kritische Beschäftigung mit Studien zum Thema Migration. Wenn Du Interesse an der Teilnahme hast – schick uns einfach ein Mail!

gruppeklassenkampf@tutanota.com

Das CoReP und seine Sektionen im Internet

www.revolucionpermanente.com

Die Gruppe KLASSENKAMPF im Internet:

www.klassenkampf.net

Kontakt: gruppeklassenkampf@tutanota.com

Groupe Marxiste Internationaliste

<https://groupemarxiste.info/>

Internaciema Kolektivista Cirklo

<https://www.ikcirklo.org/>

Patronsuz Dünja

<https://www.patronsuzdunya.com/>



Fortsetzung von Seite 20

gesgeschäft, das Hamsterrad der Lohnarbeit, in dem wir unter verschiedenen Formen mitlaufen.

Am 27.3.2023 berichtete die „Kleine Zeitung“ (das ist kein linksradikales Kampfblatt, sondern eine „seriöse“ Zeitung, die zum kirchlichen Mediensektor gehört):

„Im vergangenen Jahr wurden 47 Millionen geleistete Über- und Mehrstunden nicht vom Arbeitgeber abgegolten - weder mit Geld noch mit Zeitausgleich. Das entspricht rund jeder vierten Überstunde und ist deutlich mehr als bisher. In den vergangenen Jahren waren es im Schnitt rund 40 Millionen Über- und Mehrstunden, schrieb die Arbeiterkammer (AK) Wien am Freitag unter Bezug auf eine für die AK erstellte Sonderauswertung der Statistik Austria“.

Die Interessensvertreter der „Wirtschaft“ (in dieser Gesellschaftsordnung, die wir kapitalistisch nennen, spricht angeblich jeder Unternehmer für „die Wirtschaft“) reagierten empört:

„Gerade, weil Arbeitskräftemangel herrscht, handeln die Unternehmen verantwortungsvoll, was den Umgang von Dienstzeiten mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern betrifft. Zudem wissen wir aus aktuellen Umfragen, dass heimische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Überstunden aktiv nachfragen und die Steuerbefreiung von Überstunden als geeignetes Mittel gegen den Arbeitskräftemangel ansehen“, sagt Julia Moreno-Hasenöhl, stv. Leiterin der Abteilung für Sozialpolitik in der Wirt-

schaftskammer Österreich (WKO)“. Aha – die „Unternehmen“ handeln verantwortungsvoll mit den Arbeitszeiten.

Dazu ein kleiner sprachlicher Einschub: Im Kapitalismus werden gerne die Begriffe „Arbeitnehmer“ für die Lohnabhängigen und „Arbeitgeber“ für die Kapitalisten verwendet. Mit diesem kleinen Trick werden die Verhältnisse verschleiert: Denn wir, die Lohnarbeiterinnen und Lohnarbeiter, geben unsere Arbeitskraft – die Kapitalisten nehmen sie! Der Kapitalist, der sich „Arbeitgeber“ nennt, gibt sich gönnerhaft: er „gibt“ ja was her... zumindest sollen das die Ausgebeuteten glauben.

Lassen wir einmal die Überstunden beiseite. Wie oft müssen Lohnabhängige schon früher am Arbeitsplatz erscheinen, um notwendige Vorarbeiten für ihre Arbeit zu leisten? Sich umkleiden? Mit den Kolleginnen und Kollegen der vorhergehenden Schicht die Übergabe machen? Nach der Arbeit aufräumen? Vorbereitungsarbeiten für die nächste Schicht oder den nächsten Arbeitstag erledigen? Im Handel – Kassa machen? Da gibt es noch genug zu tun! Und wird diese „Arbeitszeit“ bezahlt oder bekommen Arbeiterinnen und Angestellte nicht oft genug zu hören, wenn sie dieses Thema anschneiden: „Müssen Sie ja nicht machen. Machen Sie sich das mit den Kollegen aus!“

Wobei wir beim nächsten Punkt sind:

„Um mehr über die Probleme zu erfahren, mit denen Arbeitnehmer:innen bei diesem Thema konfrontiert sind, wurde von der AK Wien eine Online-Befragung durchgeführt. Die Ergebnisse sind alarmierend: 90% der Befragten gehen krank in die Arbeit. Die Hälfte der Be-

fragten wird im Krankenstand von Vorgesetzten kontaktiert“.

Warum machen das die Kolleginnen und Kollegen? Weil's geil ist, sich mit erhöhter Temperatur zur Arbeit zu schleppen? Weil mehrstimmig husten fast so schön ist wie Chorgesang? Nein. Einerseits ist es die Angst um den Arbeitsplatz. Auch wenn Minister Kocher dröhnt, die Arbeitslosenzahlen würden sinken – im Ernstfall finden die meisten Unternehmen schnell Ersatz für eine gekündigte Mitarbeiterin. Überhaupt in Zeiten, in denen man auf schlecht bezahlte und jederzeit verfügbare „Zeitarbeitskräfte“ zurückgreifen kann.

Dann ist es aber auch ein im Prinzip guter Reflex, der die Lohnabhängigen so verletzlich und ausbeutbar macht: Es ist ein Solidaritätsgefühl – „wenn ich krank bin, müssen meine Kolleginnen und Kollegen mehr arbeiten. Und die sind eh schon so überlastet“. Ja, das ist das besonders Fiese an diesem System, dass es positive Werte der Menschlichkeit schamlos ausnützt, um was? - erraten! Die Ausbeutung – am Laufen zu halten.

Also: Wir hoffen, dass dieser Artikel nicht nur verständlich war, sondern zu weiteren Fragen von euch führt. Wendet euch an uns – wir stehen für Gespräche immer zur Verfügung. Und wenn ihr mehr über Marx, Engels und den Marxismus wissen wollt – wir machen auch dazu Vorträge, Diskussionen und bieten in unserem Marxistischen Studienzirkel ein Forum, in dem ihr euch selbst sozialistisches Wissen aneignen könnt! **Infos zu unserem Schulungsprogramm findet ihr in dieser Ausgabe des KLASSENKAMPF auf Seite 18.**

Neue Broschüre der GKK: Eine biografische Skizze von Georg Weissel

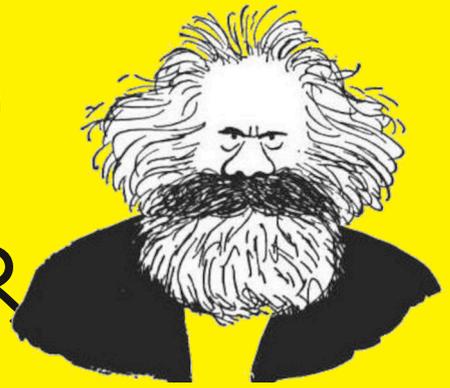


Georg Weissel (* 28. März 1899 in Wien bis 15. Februar 1934), Kommandant der Feuerwache in Floridsdorf und Führer einer Schutzbandgruppe, bekämpfte am 13. Februar 1934 mit seinen Kollegen und Genossen die Polizei des austrofaschistischen Regimes. Nach seiner Verhaftung wurde er von einem Standgericht zum Tode verurteilt und im Wiener Landesgericht II gehängt. Er verkörpert durch seine persönliche Integrität, seinen Wissensdurst, sein Verantwortungsbewusstsein und seinen Mut all jene Eigenschaften, die einen klassenbewussten Arbeiter auszeichnen.

In diesem Sinne ist für uns revolutionäre internationalistische Marxist*innen Georg Weissel einer der unseren. Für ihn gilt, was wir als Teil des „Bündnis 12. Februar“ vertreten: Gedenken heißt kämpfen! Für die Welt, für die auch Georg Weissel bis zuletzt gekämpft hat.

24 Seiten / 3,- Euro

Ausbeutung FÜR ANFÄNGER



Einer der häufigsten Vorwürfe, denen wir Marxist*innen beim Zeitungsverkauf, Flugblattverteilen oder bei Diskussionsveranstaltungen begegnen, lautet: „Euch versteht keiner. Ihr redet so kompliziert, und überhaupt – Proletariat? Was ist das? Das gibt es heutzutage doch gar nicht mehr. Kapitalist? Bin ich für euch sicher auch, weil ich mir vor einem Jahr ein neues Auto gekauft habe. Und das mit der Ausbeutung ist auch ein Blödsinn. Stress am Arbeitsplatz, ok – aber mehr ist das nicht. Und Unterdrückung? Solange man sich normal aufführt, hat man eh keine Probleme“.

Ach, wenn's doch nur so einfach wär' ...

Aber von Anfang an: Wir berufen uns auf Karl Marx und Friedrich Engels – beide haben, grob gesprochen, ihre sozialistische Theorie in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entwickelt. Die Sprache der Menschen damals war anders als heute, es hat mehr Fremdworte in der Umgangssprache gegeben, und weil es noch keine SMS gegeben hat, wurde in ganzen Sätzen geschrieben. Ist heute sicher für viele Leute ungewohnt und daher anstrengend. Lässt sich aber nicht ändern.

Marx und Engels haben einen wissenschaftlichen Sozialismus entwickelt. Das heißt – sie haben die Gesellschaft, in der sie gelebt haben, untersucht. Diese Gesellschaft war damals nicht (und ist es auch heute nicht) für die arbeitenden Menschen ideal. Im 19. Jahrhundert wurde lange Zeit sechs Tage in der Woche 10 bis 12 Stunden gearbeitet, Urlaub gab's keinen, wer krank war, war die Arbeit los, und die Kinder mussten zwar lesen und schreiben lernen, aber oft genug auch arbeiten, um den Erhalt ihrer Fa-

milie sichern zu können.

Um die Hauptkräfte in dieser Gesellschaft zu bestimmen, verwendeten Marx und Engels die Begriffe „Proletarier“ und „Kapitalisten“. Proletarier – das war und ist die Mehrheit der Bevölkerung. Menschen, die darauf angewiesen sind, arbeiten zu gehen. Genau gesagt: die gezwungen sind das einzige zu verkaufen, was sie haben: ihre Arbeitskraft. „Proletarier“ ist also nicht allein der muskelbepackte Stahlarbeiter der ausschaut wie frisch aus der Kraftkammer entsprungen. Das kann auch die Lehrerin oder die Programmiererin sein, die nicht Muskelkraft, sondern Hirnschmalz (wie der bekannte Ökonom Donald Duck gesagt hat) einsetzen. Oder die gestresste Verkäuferin beim Kaffeehändler, die in der früh Kipferl aufbacken und den ganzen Arbeitstag lang Espresso herunterdrücken, Ware verräumen und Kunden bedienen muss. Oder die Pflegerin im Heim, die alte Menschen aus dem Bett hebt, wickelt und wäscht.

Dem gegenüber stehen die Kapitalistinnen und Kapitalisten. Im Gegensatz zum Proletariat verfügt diese Gruppe von Menschen (wir sagen: Klasse zu solchen sozialen Schichten) über Privateigentum, und zwar an den Produktionsmitteln. Also, Achtung! Wir kennen das aus der Arbeitswelt. Dragomir X erzählt den Kolleginnen und Kollegen, dass er sich ein neues Auto gekauft hat (meistens: geleast). Darauf ruft Turgut Y (im Spaß): „Du Kapitalist!“.

Nein, Kapitalist ist Dragomir X keiner. Mit seinem Auto kann er von A nach B fahren (meistens zur Arbeit, die Kinder zum Fußballplatz oder in die Musikschule...), Geld für Versicherung und Treibstoff ausgeben und ein bissi die Umwelt verschmutzen. „Ausbeuten“ kann er damit keinen.

René B. hingegen ist Kapitalist: ihm ge-

hören Grundstücke, Geschäfte, Fabriken samt den dazugehörigen Maschinen und eine kleine Transporterflotte. Herr B kann weder gleichzeitig auf seinen Immobilien Rasen mähen, ein neues Haus aufmauern, im Einkaufszentrum Tierfutter und Armbanduhr verkaufen, noch kann er gleichzeitig in der Fabrik WC-Enten am Fließband verpacken. Weil Herr B. „reich“ ist, kann er Leuten, die „arm“ sind, ihre Arbeitskraft abkaufen – und die müssen dann für ihn arbeiten. Also: zum Kapitalisten macht einen die Verfügungsgewalt über die „Produktionsmittel“ – alles, womit neue Waren erzeugt (oder vorhandene Waren verkauft) werden können.

Marx und Engels haben eines der wohlgehehüteten Geheimnisse dieser Gesellschaft gelüftet: die Kapitalisten kaufen die Arbeitskraft der Proletarierinnen und Proletarier (wir verwenden heute oft den Begriff „Lohnabhängige“, der ziemlich das gleiche aussagt) und lassen sie möglichst lange arbeiten, damit sie möglichst viel neuen Wert schaffen. Sie arbeiten in der Regel mehr, als ihre Arbeitskraft eigentlich „wert“ ist. Was sie für den Kapitalisten so „wert“-voll macht, ist dieser zusätzliche, von uns „Mehrwert“ genannte Teil an unbezahlter Arbeit. Marx und Engels haben diesen Vorgang „Ausbeutung“ genannt.

Wie gesagt, Sprache verändert sich. Bei „Ausbeutung“ denken wir oft an rauchgeschwärzte gebückte Männer in finsternen Schächten oder in düsteren Hallen zusammengepferchte Näherinnen oder Ruderklaven auf einer Galeere. Ausbeutung stammt aus dem frühen Niedermitteldeutsch und hatte unter anderem auch die Bedeutung „Handel treiben, verteilen, wegnehmen“. Wenn wir heute von Ausbeutung sprechen, meinen wir das ganz normale Ta-

Fortsetzung auf Seite 19